

AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 106
Juni 2021

60 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL

IN AKTION FÜR DIE MENSCHEN UND IHRE RECHTE

ANTISEMITISMUS IN DER SCHWEIZ
«Wir müssen genau hinschauen»

ÄTHIOPIEN
Flucht aus Tigray

FILM
Ein Guantánamo-Häftling berichtet



EINLADUNG ZUR JUBILÄUMSKONFERENZ AM 4. SEPTEMBER 2021

Seit 60 Jahren setzt sich Amnesty International zusammen mit Millionen Unterstützer*innen für eine Welt ein, in der die Menschenrechte für alle gelten. Deshalb wollen wir gemeinsam auf Erfolge anstossen und in die Zukunft unserer Organisation blicken:

**WIR LADEN SIE HERZLICH ZUR JUBILÄUMSKONFERENZ
AM SAMSTAG, 4. SEPTEMBER 2021,
IN BERN EIN!**

An der Jubiläumskonferenz wollen wir nicht nur das Erreichte feiern, sondern auch über aktuelle Herausforderungen diskutieren. Wir besprechen, wie Amnesty International die globale Menschenrechtsbewegung stärken kann. Gäste aus verschiedenen Ländern, Bewegungen und Organisationen berichten von ihrem Engagement und ihrer Vision für die Menschenrechte.

Zudem erwartet Sie ein attraktives Rahmenprogramm mit Workshops, einer Ausstellung über Aktivist*innen von Amnesty Schweiz und einem festlichen Apéro. Eine Kinderbetreuung wird angeboten.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

JETZT ANMELDEN UNTER:
www.amnesty.ch/jubilaueumskonferenz



Da die aktuelle Situation Flexibilität erfordert, sind verschiedene Varianten der Jubiläumskonferenz in Planung. Unter Umständen müssen wir eine hybride Alternative (in Präsenz und virtuell) anbieten oder die Veranstaltung kurzfristig absagen. Sollten wir die Publikumszahl einschränken müssen, werden diejenigen berücksichtigt, die sich zuerst angemeldet haben. Wir bedanken uns für das Verständnis und werden laufend über die Durchführung informieren.

Titelbild

Die Geschichte von Amnesty International begann 1961 mit Protestbriefen. Bis heute schreiben zahlreiche Aktivist*innen weltweit Briefe für Menschen, die in Gefahr sind. Auf dem Cover: eine Briefeschreiberin in den Niederlanden.

© AI Netherlands

— AKTUELL

- 4 **Good News**
- 6 **Aktuell im Bild**
- 7 **Nachrichten**
- 9 **Brennpunkt**
Bescheidener Durchbruch nach zwanzig Jahren

— DOSSIER

60 Jahre Amnesty International



- 10 **Wir machen weiter**
- 12 **Wie alles begann...**
Die Entwicklung von Amnesty International während 60 Jahren Engagement.
- 14 **«Doch, man kann etwas tun»**
Zwei aktive Mitglieder über ihre Motivation und ihre Wünsche an Amnesty.
- 16 **Amnesty weltweit**
Eine Karte zeigt, wo Amnesty überall vertreten ist. Dazu: 60 Jahre Geschichte im Überblick.
- 18 **60 Jahre, 6 Erfolgsbeispiele**
Erfolgreiche Amnesty-Aktionen der letzten Jahre.
- 20 **«Das Risiko gehört zum Beruf»**
Zwei Amnesty-Researcher*innen erzählen von ihrer Arbeit.
- 22 **Der Ex-Häftling, der nicht aufgeben will**
Der Demokratieaktivist Yves Makwambala blieb auch im Gefängnis nicht tatenlos.
- 24 **Bilder, die hängen bleiben**
Kampagnen-Poster aus sechs Jahrzehnten.

Impressum: «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 106, Juni 2021. **Redaktion:** Carole Scheidegger (cas.), Manuela Reimann Graf (mre). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Anna-Theresa Bachmann, Fabienne Engler, Michael Ineichen, Walter Kälin, Alexandra Karle, Lena Keller, Émilie Mathys, Olalla Pineiro Trigo, Stefanie Rinaldi, Anita Streule, Patrick Witte. **Korrektorat:** Doris Yannick Héritier, Bern. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. **Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY»** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter issuu.com/magazin-amnesty-schweiz gelesen werden. **Redaktionsschluss der nächsten Nummer:** 18. Juni 2021. **Distribution:** «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Redaktionsadresse:** Magazin «AMNESTY», Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: info@amnesty.ch. **Auflage:** 81 000 (dt.). **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN CH52 0900 0000 3000 3417 8). Oder spenden Sie online: www.amnesty.ch/spenden.

— THEMA

- 26 **Äthiopien**
«Raus. Weg hier!»



Amanuel Tesfay musste aus Tigray fliehen.

- 29 **Antisemitismus in der Schweiz**
«Es gab einen Dammbrech»

— KULTUR

- 33 **Ausstellung**
In der Natur ist nichts unnatürlich
- 34 **Film**
«Gewalt ist das Spiel der Regime»

— CARTE BLANCHE

- 36 **Walter Kälin**
Blick zurück und nach vorn

— IN ACTION

- 37 **Spreading Hope since 1961**
Ein Jubiläum zum Mitmachen



Sie steht vor uns, klein und zierlich, und strahlt diese unfassbare Stärke aus: Waad al-Kateab hat mit ihrem Film «For Sama» das Überleben im kriegsgebeutelten Aleppo

in Syrien dokumentiert. Ihre Tochter Sama kam im Bombenhagel auf die Welt, ihr Mann rettete als Chirurg Leben, sie filmte. Die Unterstützung von Amnesty International habe ihr Kraft gegeben, sagte sie bei unserem Treffen 2019 in Zürich.

Es sind Begegnungen wie diese, die uns zeigen, dass unsere Arbeit etwas bewirkt. Hinter unseren Computer-Bildschirmen in der sicheren und wohlhabenden Schweiz sind wir oft weit weg von den Orten, wo täglich schwerste Menschenrechtsverletzungen geschehen. Viele unserer Aktivist*innen und Mitarbeitenden auf der ganzen Welt setzen ihre Freiheit oder sogar ihr Leben aufs Spiel, um für die Menschenrechte einzustehen. Aber auch hier können wir viel tun, um andernorts und auch in der Schweiz Veränderungen zu erzielen: Sei es durch Kampagnen und Aktionen oder das Sammeln von Spendengeldern.

«Spreading Hope since 1961» – diesem Motto unseres 60 Jahr-Jubiläums wollen wir weiterhin treu bleiben. Wir wollen den Menschen Mut machen, die schikaniert und verfolgt werden, unschuldig im Gefängnis sitzen, auf der Flucht sind, diskriminiert werden. Wir wollen dazu beitragen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollen zeigen, dass Menschenrechte für alle gelten!

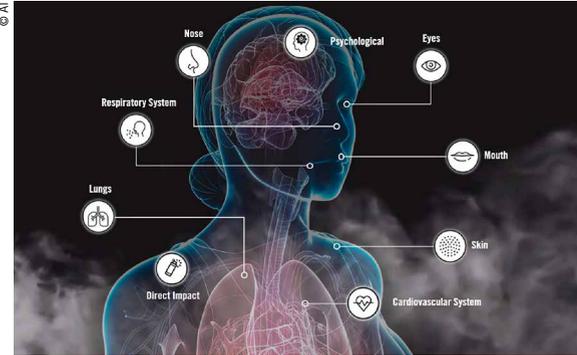
Alexandra Karle, Geschäftsleiterin und
Stefanie Rinaldi, Präsidentin von Amnesty Schweiz

GOOD

Auszeichnung

AMNESTY – Das Online-Multimedia-Projekt von Amnesty International, «Tear Gas: An Investigation», wurde mit dem Webby Award für die beste Aktivismus-Website weltweit ausgezeichnet. Dieser Preis der Internationalen Akademie für Digitale Kunst und Wissenschaft (IADAS) gilt als führende Auszeichnung für herausragende Leistungen im Internet.

Das Online-Projekt «Tear Gas» dokumentiert Missbräuche beim Einsatz von Tränengas.



Virginia schafft Todesstrafe ab

USA – Der Gouverneur des US-Bundesstaats Virginia, Ralph Northam, hat am 24. März 2021 ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnet. Virginia ist damit der 23. US-Staat, der die Todesstrafe abgeschafft hat, und der erste Südstaat. Virginia hält den Rekord für die meisten Hinrichtungen in der Geschichte der USA. Ausserdem wurden Schwarze Menschen hier dreimal häufiger zum Tode verurteilt als weisse Menschen.

Gegen den Handel mit Folterwerkzeugen

EUROPA – Der Europarat hat am 31. Mai einen entscheidenden Schritt getan, um den Handel mit Folterwerkzeugen und Hinrichtungsausrüstung einzudämmen. Die Mitgliedsstaaten des Europarats sollen künftig den Handel mit Gütern, die zur «Todesstrafe, Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung» verwendet werden könnten, besser regulie-

ren. Die entsprechenden Empfehlungen des Ministerkomitees beinhalten ein Verbot für den Handel mit Ausrüstungsgegenständen, die leicht für Folter oder andere Misshandlungen missbraucht werden können, etwa mit Stacheln versehene Schlagstöcke oder am Körper getragene Elektroschockwaffen. Ausserdem sollen Ausrüstungsgegenstände der Strafverfolgungsbehörden – wie Pfefferspray, Tränengas und Elektroschock-Projektillwaffen – streng kontrolliert werden. Die Empfehlung enthält auch Leitlinien für die Regulierung des Handels mit bestimmten Arzneimitteln, die für Hinrichtungen mit der Giftspritze missbraucht werden können. «Wir begrüssen dieses entschlossene Handeln des Europarats – wir können Folter nicht beenden, ohne den Handel mit Folterwerkzeugen zu unterbinden. Alle 47 Mitgliedsstaaten des Europarates müssen diese Empfehlungen nun schnell umsetzen», sagte Nils Muižnieks, Regionaldirektor von Amnesty International für Europa.

D N E W S

Todesstrafe ist verfassungswidrig

MALAWI – Das Oberste Berufungsgericht Malawis hat entschieden, dass die Todesstrafe mit der Verfassung des Landes unvereinbar ist, und hat neue Urteile für alle zum Tod Verurteilten angeordnet. Ein 2003 wegen Mordes Verurteilter hatte gegen sein Todesurteil geklagt und nach einem jahrelangen juristischen Streit am 28. April 2021 schliesslich Recht bekommen. Das Gericht befand, dass das Recht auf Leben das höchste aller Rechte sei, von dem die Verfassung keine Abweichung erlaube. Mit der Todesstrafe werde dieses Recht nicht nur missachtet, sondern quasi ausser Kraft gesetzt.

Impfstoff für alle

WELTWEIT – Die USA haben am 6. Mai angekündigt, dass sie die Lockerung der Rechte betreffend geistiges Eigentum für Covid-19-Impfstoffe unterstützen werden. Somit stimmen sie einer der Hauptforderungen der weltweiten Kampagne zu, die sicherstellen will, dass alle Menschen Zugang zu einer Impfung gegen Covid-19 erhalten können. Auch Amnesty Schweiz fordert mit einer Petition, dass die Schweiz vorübergehende Ausnahmen vom Schutz des geistigen Eigentums bei Covid-19-Behandlungen, -Tests und -Impfstoffen unterstützt.

Handy-Bild von Paing Phyo Min, der gemeinsam mit vier weiteren jungen Künstler*innen festgenommen worden war.



Amnesty-Demonstration für Ahmet Altan, Deniz Yücel und Aslı Erdoğan in Berlin am 3. Mai 2017.

Ahmet Altan frei

TÜRKEI – Der türkische Journalist Ahmet Altan wurde am 14. April 2021 aus der Haft entlassen. Der Kassationsgerichtshof hat zuvor die Haftstrafe aufgehoben, ohne eine Begründung zu liefern. Altan sass mehr als vier Jahre im Gefängnis, weil ihm eine Beteiligung am Putschversuch von 2016 unterstellt wurde. Der Freilassung ging ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte voraus, der die Türkei wegen Altans Inhaftierung scharf gerügt hatte.

Satiriker aus Haft entlassen

MYANMAR – Drei Mitglieder der Satire-Gruppe Peacock Generation wurden im Rahmen einer Generalamnestie am 17. April, dem myanmarischen Neujahrsfest, gemeinsam mit etwa 23000 weiteren Gefangenen



© Amnesty International

aus der Haft entlassen. Paing Phyo Min, Paing Ye Thu und Zayar Lwin waren am 22. April 2019 festgenommen und wegen verschiedener Vorwürfe der «Aufwiegelung» und «Online-Diffamierung» zu Gefängnisstrafen von fünfeneinhalb beziehungsweise sechs Jahren verurteilt worden. Grundlage für die Vorwürfe waren mehrere satirische Aufführungen, in denen sie das Militär kritisiert hatten.

IN KÜRZE

ALGERIEN – Nach fast einem Jahr Haft wurde der algerische Journalist Khaled Drareni auf Anordnung des Präsidenten Abdelmadjid Tebboune zusammen mit weiteren politischen Gefangenen freigelassen. Drareni hatte über die landesweiten Proteste von 2019 berichtet und wurde im März 2020 wegen «Gefährdung der nationalen Einheit» verurteilt.

RUSSLAND – Der gewaltlose politische Gefangene Konstantin Kotov konnte Mitte Dezember das Gefängnis verlassen, wo er ein Jahr und vier Monate lang inhaftiert war. Seine Freilassung wurde erst im Februar bekannt. Kotov war im August 2019 wegen der Teilnahme an «nicht genehmigten Kundgebungen» festgenommen und verurteilt worden. Zunächst sollte er für vier Jahre ins Gefängnis, 2020 wurde das Strafmass auf achtzehn Monaten reduziert.

USA – Der ugandische Pastor Steven Tendo flüchtete im Dezember 2018 vor Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen in die USA. Dort kam er sogleich in Einwanderungshaft und wäre fast abgeschoben worden, doch konnte dies im September 2020 durch weltweite Aktionen verhindert werden. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich aufgrund seiner Diabeteserkrankung und unzureichender medizinischer Versorgung; zudem war in der Hafteinrichtung Covid-19 ausgebrochen. Nun wurde Tendo aus humanitären Gründen freigelassen, bis über seinen Asylantrag entschieden wird.



© Luis Robayo/AFP via Getty Images

KOLUMBIEN – Auf einem der typischen bunt bemalten Chivas – wie die lokalen Busse heißen – reisen diese Indigenen am 11. Mai auf dem Panamerican Way in die Stadt Cali, um an Protesten im Rahmen der landesweiten Streiks teilzunehmen. Seit dem 28. April gab es in verschiedenen Teilen des Landes meist friedliche Demonstrationen als Reaktion auf das von Präsident Iván Duque vorgelegte Steuerreformgesetz. Viele dieser Demonstrationen wurden gewaltsam unterdrückt. Dutzende Menschen starben infolge der Repression durch die Nationalpolizei. Es kam zu Hunderten willkürlichen Verhaftungen. Berichte sprechen von Misshandlungen, sexueller Gewalt und Verschwindenlassen von Menschen im Zusammenhang mit den Demonstrationen und von Angriffen auf Medienschaffende.



Aktion vor dem Bundeshaus: «Die Schweiz hat Platz – Jetzt Geflüchtete aus Lesbos aufnehmen!»

Der Bundesrat muss handeln

SCHWEIZ/GRIECHENLAND – Die Situation von Geflüchteten auf den griechischen Inseln ist nach wie vor prekär. Amnesty International und #evakuierenJETZT fordern, dass die Schweiz mehr tut, um diesen Menschen zu helfen. Der Bundesrat muss einen Dialog führen mit den Städten, Gemeinden und Kirchgemeinden, die bereit sind, Flüchtlinge von den Ägäischen Inseln aufzunehmen. Ziel ist es, humanitäre Aufnahmeprogramme zu entwickeln.

Brutales Vorgehen gegen Demos

ALGERIEN – Seit Februar finden nach einer Corona-bedingten Pause wieder wöchentliche Demonstrationen in der Hauptstadt Algier und mehreren anderen Städten statt. Erneut gehen die algerischen Behörden brutal gegen die Proteste vor. So werden die friedlichen Versammlungen gewaltsam aufgelöst, Demonstrierende verprügelt und Massenhäftlinge durchgeföhrt. Die Demonstrierenden fordern seit Februar 2019 politische Reformen. Begonnen hatten die Proteste, als der damalige Präsident Abdelaziz Bouteflika erklärte, für eine fünfte Amtszeit antreten zu wollen. Seit seinem Rücktritt ver-

langen die Protestierenden einen «vollständigen Wechsel des politischen Systems».

Risiko für Menschenrechtsorganisationen

VENEZUELA – Seit dem 1. Mai 2021 müssen alle zivilgesellschaftlichen Organisationen in Venezuela aufgrund neuer Gesetze zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen, wenn sie sich nicht an unverhältnismässige Registrierungsvorschriften halten. Diese Vorschriften beinhalten die Offenlegung von Details über ihre Nutzniesser*innen, das können auch Opfer von Menschenrechtsverletzungen

sein. Auch Informationen über ihre Finanzierung, ihr Personal und ihre Leitung müssen veröffentlicht werden. Die Vorschriften stellen für zivilgesellschaftliche Organisationen und die Menschen, für die sie sich engagieren, ein grosses Risiko dar, Repressalien und Kriminalisierung ausgesetzt zu werden.

Chance für «Ja heisst Ja»

SCHWEIZ – Im Mai endete die Vernehmlassung zur Revision des Sexualstrafrechts. Amnesty International empfiehlt in ihrer Vernehmlassungsantwort, nicht einvernehmlichen Geschlechtsverkehr als Vergewaltigung zu

definieren. Begrüssenswert ist die Bereitschaft des Parlaments, das Sexualstrafrecht dahingehend zu reformieren, dass Betroffene besser vor sexueller Gewalt geschützt werden. Allerdings ist Amnesty der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Definitionen von Vergewaltigung und sexueller Nötigung weiterhin nicht den Anforderungen der internationalen Menschenrechtsnormen wie der Istanbul-Konvention genügen. Diese verlangen, dass die Definition von Vergewaltigung auf dem Fehlen der Zustimmung basiert und nicht auf Zwang oder Nötigung.

Polizeigewalt vor Gericht

USA – Die Entscheidung war mit grosser Spannung erwartet worden: Am 20. April 2021 kamen die Geschworenen im Fall des getöteten George Floyd zusammen und befanden den ehemaligen Polizisten Derek Chauvin wegen der Tötung von George Floyd in allen Anklagepunkten für schuldig. Das genaue Strafmass wird zu einem späteren Zeitpunkt verkündet. «Um dem systematischen Versagen der Polizei in den USA entgegenzuwirken, sind allerdings grundlegende Reformen notwendig», sagte Paul O'Brien, Geschäftsleiter von Amnesty International USA. «Der tragische Tod von George Floyd hat das systemische Versagen der Polizeiarbeit in den USA nur allzu deutlich gemacht – und dass Schwarze und People of Color die Hauptlast der Polizeigewalt tragen. Die Wahrheit ist: Dass ein Polizist für die Tötung eines Schwarzen zur Rechenschaft gezogen wird, ist die Ausnahme und nicht die Regel.» Seit dem Tod George Floyds kam es zu weiteren Fällen von Polizeigewalt. So erschoss eine Polizistin im April 2021 den 20-jährigen Daunte Wright in einem Vorort der US-Stadt Minneapolis. Die Beamtin gab an, dass sie ihre Schusswaffe mit dem Taser verwechselt habe.

© Amnesty International / Jarek Godlewski



Der Tod von George Floyd hatte weltweit zu Protesten geführt.



Zahl der Hinrichtungen sinkt

WELTWEIT – Im Jahr der Corona-Pandemie wurden mindestens 483 Menschen in 18 Ländern hingerichtet. Das ist die tiefste Zahl seit Langem, die Amnesty International in ihrem jährlichen Bericht festhielt. Es gab aber auch ein Land, in dem die Zahl der Hinrichtungen trotz Corona-Pandemie zunahm: In Ägypten wurden dreimal mehr Menschen als im Vorjahr hingerichtet. China wird in der Statistik nicht berücksichtigt, da dort die Hinrichtungen geheim gehalten werden und eine genaue Dokumentation nicht möglich ist. Amnesty schätzt die Zahl der Vollstreckungen auf mehrere Tausend.

Arbeitsaktivist verschwunden

KATAR – Der Kenianer Malcolm Bidali wurde am 4. Mai von Angehörigen der katarischen Staatssicherheit aus seiner Arbeiterunterkunft abgeholt. Bis Redaktionsschluss fehlte von ihm jede Spur. Malcolm Bidali arbeitete als Wachmann und betätigte sich zudem als Blogger. Er sprach offen über die schwierigen Bedingungen, denen Arbeitsmigrant*innen wie er ausgesetzt sind, und verfasste Artikel für zahlreiche Online-Plattformen. Am 12. Mai bestätigte die Regierung die Inhaftierung Bidalis, ihm werde die Verletzung katarischer Sicherheitsbestimmungen vorgeworfen. Seinen Aufenthaltsort gaben die Behörden jedoch nicht bekannt. Eine Petition mit der Forderung, dass die Fifa endlich Druck auf Katar machen muss, finden Sie auf S. 39.



Arbeiter in Katar.

Verheerende Folgen der Pandemie

WELTWEIT – Die Coronakrise hat Ungleichheiten und Diskriminierung schonungslos offengelegt. «Eine polarisierende Politik, fehlgeleitete Sparmassnahmen und mangelnde Investitionen in die öffentliche Infrastruktur haben dazu geführt, dass viele Menschen dem Virus schutzlos ausgesetzt waren», sagte Agnès Callamard, die neue Generalsekretärin von Amnesty International, anlässlich der Veröffentlichung des Amnesty-Jahresberichts. Die Coronakrise hat auch die Lage von Geflüchteten, Asylsuchenden und Migrant*innen in vielen Ländern verschlechtert. Manche wurden in unhygienischen Lagern festgesetzt, die Versorgung mit Grundbedarfsgütern war nicht mehr gewährleistet, und es wurden überstürzt Grenzen geschlossen. Zudem nutzten autoritäre Machthabende Covid-19 als Vorwand, um ihren Einfluss zu stärken. Ein gängiges Muster war die Verabschiedung von Gesetzen, mit denen die Berichterstattung über die Pandemie kriminalisiert wurde.



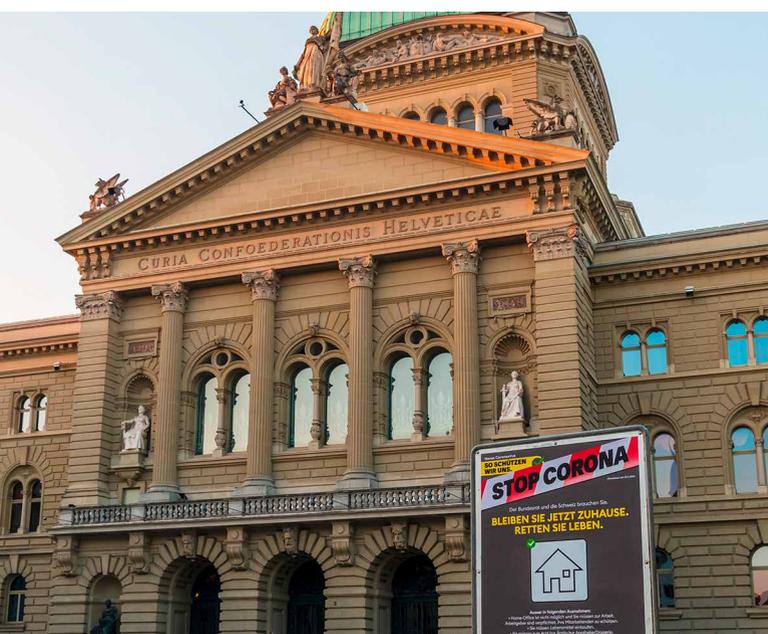
Corona traf jene besonders hart, die schon zuvor in prekären Situationen lebten wie diese geflüchteten Rohingya in Bangladesch.

JETZT ONLINE

- **Zum Jubiläum:** Anlässlich des 60. Geburtstags von Amnesty International erzählen wir Geschichten, die Hoffnung verbreiten. Erfahren Sie mehr auf [amnesty.ch/spreading-hope](https://www.amnesty.ch/spreading-hope)
- **Meet the Defenders:** Gespräche mit Menschen, die die Menschenrechte verteidigen. Melden Sie sich jetzt für die Webinare an.
- **Podcast «Amnesty Talks»:** Patrick Walder, Leiter Campaigning & Advocacy bei Amnesty Schweiz, erklärt, weshalb das neue Polizeimassnahmen-Gesetz die Tür für Polizei-Willkür öffnet und die Menschenrechte in der Schweiz bedroht.

Jetzt online unter www.amnesty.ch/magazin-juni21

BESCHIEDENER DURCHBRUCH NACH 20 JAHREN



© Marco Calz / shutterstock.com

Die Coronakrise hat die Notwendigkeit einer Nationalen Menschenrechtsinstitution in der Schweiz deutlich gemacht.

Es hat lange gedauert: Nach jahrelangem Hin und Her und einer anfänglich zögerlichen Haltung des Bundesrats kommt endlich wieder Bewegung in das Geschäft zur Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI). Schon 1993 hatte die Uno-Generalversammlung alle Staaten aufgefordert, nationale Menschenrechtsinstitutionen einzurichten, die zuhänden von Regierung und Parlament Empfehlungen zu Menschenrechtsfragen formulieren und Unterstützung bei der Umsetzung internationaler Konventionen leisten. Über 100 Staaten haben solche nationalen Institutionen bisher aufgebaut – nicht so die Schweiz. Das Deutsche Institut für Menschen-

rechte (DIMR) existiert hingegen schon seit 20 Jahren. Bei verschiedenen Themen – von der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention bis zur Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt – agiert das DIMR als «dreifache Brücke» zwischen Zivilgesellschaft und Staat, zwischen Wissenschaft und Praxis und zwischen der internationalen und der nationalen Ebene.

Der Gesetzesentwurf der Schweizer Regierung, der 2019 endlich ans Parlament ging, war eine typisch schweizerische, wenig ambitionierte Umsetzung. Doch nun, nochmals zwei Jahre später, kann der Ständerat in der Sommersession endlich die Weichen stellen.

Mit Beginn der Corona-Pandemie waren zwar auch die parlamentarischen Arbeiten an der NMRI unterbrochen worden. Was anfänglich wie eine weitere Verzögerung aussah, hat im Nachhinein die Notwendigkeit einer solchen Institution jedoch unterstrichen: Die Corona-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung getroffenen Massnahmen haben ein Schlaglicht auf die Fragilität des Menschenrechtsschutzes geworfen. Sie haben gezeigt, dass auch in der Schweiz von einem Tag auf den anderen grundlegende Rechte und deren Schutz auf die Probe gestellt werden können. Gerade verletzte Personen waren von der Pandemie

stärker betroffen. Diskriminierungen und strukturelle Benachteiligungen sind ans Tageslicht getreten. Während der Pandemie zeigte sich auch: Es braucht noch stärkere Anstrengungen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt.

Eine unabhängige, starke und langfristig finanzierte NMRI könnte hier einen wesentlichen Mehrwert bieten, indem sie die öffentliche Debatte mit Fachwissen unterstützt, und zwar in breiten Themenfeldern – von der Einschränkung des Rechts auf Selbstbestimmung und Privatsphäre für ältere Menschen, der Meinungsäusserungs- und der Versammlungsfreiheit bis hin zum Recht auf Gesundheit für das Gesundheitspersonal und besonders gefährdete Personen.

Auch wenn es ein wenig den Anschein macht, dass der Berg eine Maus gebären wird – vor allem was die geplanten Ressourcen für die NMRI betrifft: Die Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes wäre doch ein Fortschritt. Ein Signal, dass auch das Schweizer Parlament einsieht, wie zentral der Schutz und die Förderung der Menschenrechte für eine Gesellschaft – gerade in Krisenzeiten – sind, und dass unsere «aussergewöhnliche» Schweiz manchmal auch institutionell von den Erfahrungen anderer Länder profitieren kann.

Michael Ineichen,
Leiter Advocacy Amnesty Schweiz



September 1961

Appeal for Amnesty 1961

The complete prisoner, often held without trial, is a desperate man. Every day somewhere in the world, someone is imprisoned, tortured or executed for "dangerous thoughts," for merely to hold and express opinions not approved by other men. In spite of the Universal Declaration of Human Rights which asserts every right to freedom of thought, conscience and religion, and the right to express opinions freely, more than a million men and women on both sides of the iron and bamboo curtain are executed for trying to exercise these fundamental rights.

An organization, which is now virtually unknown, has been set up in London by a group of lawyers, journalists and parliamentarians in the "Group of Three" from all major Western countries. Its name is "AMNESTY FOR AMNESTY" and it is headed by Eric Baker, a Quaker, formerly secretary of the National Peace Council and at one time joint secretary of the Quaker Centre, India, and "PENG" initiative which led to the formation of Amnesty International.

The objective is to maintain public opinion on an international, non-partisan, non-religious basis and bring pressure by propaganda and publicity on oppressive regimes to establish a situation where human rights are observed.

A first step would be to establish lists for every prisoner of conscience in the world and the "Group of Three" International in co-operation by exchanging information, at least of the campaign, a Penguin special called "Prisoners of Conscience" will be published in London during the year of action and written from different parts of the world they have been published for their opinions.

The basic method of aid is based on the "Group of Three." The group can be as small as a family or as large as a club. Each group is allocated three named prisoners, and it is their help the relatives of these prisoners, and to make contact with and to help the prisoners themselves.

Finally, it is hoped to establish a Three's Centre in each country, with specialist advisers to guide action into the most effective channels.

An "Appeal for Amnesty 1961" will only be won when people are given the right to hold their own opinions and to express them freely.

Anyone interested in forming a Three's Centre, Appeal for Amnesty 1961, at 125 Piccadilly, London, W1A 3BB. Gifts of money should be sent to the "Appeal for Amnesty 1961" at the Bank of Montreal, 21 Fleet St., London, EC4A 3DF.



WIR MACHEN WEITER



Für die Menschen, mit den Menschen. Seit 60 Jahren ist Amnesty International im Einsatz dafür, dass die Menschenrechte geachtet und geschützt werden – im Interesse von uns allen. In diesen sechs Jahrzehnten hat sich viel verändert, aber eines ist gleich geblieben: Amnesty ist erfolgreich, weil so viele Menschen *gemeinsam* für mehr Menschlichkeit kämpfen.





Wie alles begann...

Seit 60 Jahren setzt sich Amnesty International für die Menschenrechte ein. Die Organisation hat sich im Lauf der Jahre gewandelt und ist bereit, auch die künftigen Herausforderungen zu meistern.

Von Carole Scheidegger

1961 Zwei Studenten stossen in einem Café in Lisabon auf die Freiheit an. Eine gefährliche Sache, denn es herrscht eine Militärdiktatur; sie werden denn auch zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Als der britische Rechtsanwalt Peter Benenson davon erfährt, will er nicht weiter tatenlos zusehen. Am 28. Mai 1961 veröffentlicht er im «Observer» den Artikel «The Forgotten Prisoners». Er macht auf das Schicksal politischer Gefangener auf der ganzen Welt aufmerksam und ruft dazu auf, mit Appellschreiben deren Freilassung zu fordern. Das Echo ist gross. Dreissig Zeitungen drucken den «Appeal for Amnesty» ab, über tausend Menschen bieten ihre sofortige Unterstützung an.

Damit war Amnesty International gegründet – verwurzelt in der Idee, dass Menschen wie Sie und ich gemeinsam die Welt verändern können. Heute kann die Organisation weltweit auf zehn Millionen Unterstützer*innen zählen.

Vieles hat sich in diesen 60 Jahren getan. Zehntausende von Menschen, die wegen ihrer Überzeugungen oder ihrer Lebensweise inhaftiert waren, wurden freigelassen. Die To-

desstrafe wurde in Dutzenden von Ländern abgeschafft. Bislang unantastbare Staatsoberhäupter wurden zur Rechenschaft gezogen. Geänderte Gesetze, gerettete Leben.

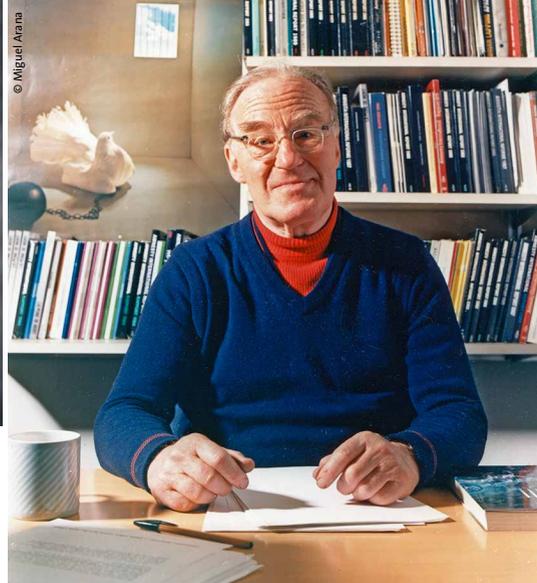
Grosse Entwicklungen | Im Verlauf der Jahre hat sich auch das Gesicht von Amnesty International gewandelt: Zunächst setzten sich die Mitglieder in erster Linie für Gewissensgefangene ein, also für Menschen, die inhaftiert waren, weil sie ihre Meinung friedlich kundgetan hatten. 1963 erlangte in Sibirien der erste Gewissensgefangene die Freiheit, der ukrainische Erzbischof Josyf Slipyi.

Später engagierte sich Amnesty auch gegen die Todesstrafe, Folter und das Verschwindenlassen. In den 1970er-Jahren wurde eine Aktionsform ins Leben gerufen, die bis heute erfolgreich ist: die Urgent Actions (Eilaktionen). Wann immer Amnesty nun von willkürlichen Festnahmen, Morddrohungen, Verschwindenlassen, Folterungen oder bevorstehenden Hinrichtungen erfuhr, wurde mit diesen Urgent Actions öffentlicher Druck auf Verantwortliche ausgeübt. Unzählige Menschen – von China bis Chile, von Syrien bis Simbabwe – konnten so im Laufe der Jahre gerettet werden. Wegen ihrer Verdienste um die Menschenrechte wurde Amnesty International 1977 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Begonnen hat Amnesty also als Gefangenenhilfsorganisation, später kam der Einsatz für bürgerliche und politische Menschenrechte hinzu, danach die Arbeit zu sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechten. Zu den Arbeitsgebieten gehören heute der Kampf für Frauenrechte, die Respektierung der Menschenrechte in der Wirtschaft und die



Agnès Callamard, die heutige
Generalsekretärin.



Amnesty-Gründer Peter Benenson in
einer Aufnahme von 1991.

Protest auf der Strasse: Eine von unzähligen
Aktionen.

Rechte von Geflüchteten, das Thema der Klimagerechtigkeit und seit der Pandemie die gerechte Verteilung von Impfstoffen und Medikamenten.

Die Ausweitung der Themengebiete geschah oft unter Diskussionen. So führte zum Beispiel das Eintreten gegen die Todesstrafe, die 1977 erst in 16 Staaten vollständig abgeschafft war, zu Austritten. Solche Diskussionen sind aber durchaus gewünscht. Denn in einer Organisation mit dem Selbstverständnis einer demokratischen Bewegung bestehen breite Mitbestimmungsmöglichkeiten. Manchen war Amnesty im Lauf der Zeit zu zahm. Anderen wiederum auf zu vielen Gebieten aktiv.

Historische Umwälzungen | Die Gründung von Amnesty fiel in die Hochphase des Kalten Kriegs und in die Zeit, als Kolonien um ihre Unabhängigkeit kämpften. Die Menschenrechte waren zum politischen Spielball zwischen den Supermächten geworden. Um als vertrauenswürdige Organisation agieren zu können, war Neutralität das oberste Gebot für Amnesty. Nach 1989 und dem Zerfall der Sowjetunion veränderte sich das Umfeld grundsätzlich und stellte neue Herausforderungen. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem folgenden «Krieg gegen den Terror» wandelte sich die Welt erneut. Die Globalisierung und die Macht von multinationalen Konzernen taten weitere Themenfelder auf, ebenso die Digitalisierung oder die Gräueltaten von bewaffneten Gruppen.

Auch die Organisationsstruktur wandelte sich über die Jahre. Lange war der Hauptsitz ausschliesslich in London domiziliert, in der vergangenen Dekade hat Amnesty aber auch Regionalbüros in Städten in Afrika, Asien-Pazifik, Mittel- und Osteuropa, Lateinamerika und dem Nahen Osten eröffnet. Diese Büros vor Ort sind wichtige Drehscheiben für Recherche, Kampagnen und Kommunikation. Die Regionalbüros verstärken die Arbeit der Sektionen, die bereits auf nationaler Ebene in mehr als 70 Ländern tätig sind.

Bereit für die Zukunft | Auch heute noch müssen wir leider Angriffe auf die Menschenrechte verzeichnen. Mit einer neuen Strategie für die nächsten acht Jahre will Amnesty in der Lage sein, sich weiterhin schlagkräftig gegen Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Die Strategie der Schweizer Sektion steht unter dem Leitsatz «Gemeinsam für eine gerechte Welt! Wir setzen uns glaubwürdig, mutig und langfristig mit anderen zusammen dafür ein, dass die Menschenrechte weltweit und in der Schweiz geachtet, geschützt und gewährleistet werden.»

Global wird der Schwerpunkt auf den Themenbereichen «Meinungsfreiheit und Raum für die Zivilgesellschaft» sowie «Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung» liegen. Ein Teil der Ressourcen wird auch weiterhin etablierten Anliegen wie dem Kampf gegen die Todesstrafe oder dem Zugang zu Recht in internationalen Konflikten gewidmet sein, dazu kommen neuere Themenfelder wie Technologie und Klimawandel.

1961 berührte das Schicksal von zwei Menschen Peter Benenson so sehr, dass er aktiv wurde. Auch Agnès Callamard, die seit März an der Spitze von Amnesty steht, hat sich in ihrem Werdegang immer wieder für Einzelschicksale eingesetzt. So hat sie als Sonderberichterstatterin der Uno beispielsweise den Mord am saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi untersucht – und erhielt deswegen Drohungen, die sie jedoch nicht von ihrem Vorhaben abbrachten. «Ich habe diesen Fall untersucht, nicht weil er wichtiger wäre als ein anderer. Aber daraus lassen sich viele allgemeine Erkenntnisse gewinnen.» Amnestys neue Generalsekretärin macht deutlich, dass die Welt an einem Wendepunkt steht: «Wir müssen bei allem, was wir tun, die Zukunft bedenken. Was wir heute tun – oder eben nicht tun – wird grosse Auswirkungen auf künftige Generationen haben. Das dürfen wir nie vergessen.»

Amnesty in der Schweiz

In der Schweiz, genauer in Genf, entstand schon drei Jahre nach der Gründung der internationalen Bewegung eine Amnesty-Gruppe. Die ersten vier Mitglieder kamen aus dem internationalen Umfeld der Uno-Stadt. Am 3. Oktober 1967 führte diese Genfer Gruppe eine erste Hauptversammlung durch. Ab dann sprach sie von der «Schweizer Sektion». In der Deutschschweiz beschloss 1969 drei Leute, eine Amnesty-Gruppe zu gründen – ohne Kenntnis davon, dass in Genf bereits eine Gruppe existierte. Als die Deutschschweizer dies schliesslich bemerkten, tat man sich zusammen und hielt am 25. Oktober 1970 in Zürich die erste gemeinsame Hauptversammlung ab. Heute hat die Schweizer Sektion rund 130 000 Unterstützer*innen, und 1500 Aktive engagieren sich in 66 Gruppen. 2020 wurden rund 110 000 Stunden ehrenamtliche Arbeit für Amnesty geleistet. Die Angestellten des Sekretariats sind an vier Standorten tätig: Neben dem Hauptsitz in Bern gibt es Büros in Genf, Zürich und Lugano. Der Sektion steht ein ehrenamtlicher Vorstand vor.

«Doch, man kann etwas tun»

Mit Amnesty International stehen viele Menschen ehrenamtlich für die Menschenrechte ein. Reto Moritzi und Elettra Bernasconi, zwei aktive Mitglieder aus verschiedenen Gegenden und Generationen, geben Auskunft darüber, was sie antreibt und was sie sich für Amnesty wünschen.

Interview: Émilie Mathys und Carole Scheidegger

► **AMNESTY:** Könnt ihr euch noch daran erinnern, wann ihr zum ersten Mal von Amnesty International gehört habt?

◄ **Elettra:** Ja, Amnesty wurde einmal an einer Schülerversammlung in Lugano vorgestellt. Seit meinem zweiten Jahr im Gymnasium war ich dann aktiv bei Amnesty dabei.

◄ **Reto:** Erstmals hörte ich von Amnesty 1977, als ich mit meiner Familie in Peru wohnte und als Lehrer unterrichtete. Dort erlebte ich, wie es in einer Diktatur zu- und hergeht. Es herrschte Ausnahmezustand, eine Militärregierung war an der Macht. Ich las in einer US-amerikanischen Zeitung, dass die Amnesty-Gruppe Peru verboten wurde, weil Amnesty offenbar ein Stachel im Fleisch der Regierung war. Zurück in der Schweiz habe ich mich dann sehr für die Aktivitäten von Amnesty interessiert und bin gleich der lokalen Gruppe St. Gallen beigetreten.

► **Habt ihr Tipps, die ihr austauschen könntet, zum Beispiel eine Idee für eine Aktion?**

◄ **Elettra:** Im November 2019 organisierten wir einen Flash-

mob gegen die Todesstrafe. Den ganzen Vormittag über sass jemand in einem Käfig mit einem Sack über dem Kopf. Dann simulierten als Häftlinge verkleidete Studierende eine Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl. Damals hatte ich nicht das Gefühl, dass die Aktion viel Aufmerksamkeit bekam, aber ich wurde später mehrmals darauf angesprochen.

◄ **Reto:** Wir führen andere Aktionen durch. Der grösste Erfolg war wohl ein klassisches Konzert mit einer lokalen Musikgrösse, das in der Presse und bei den Gönner*innen ein gutes Echo fand. Fruchtbarer Boden sind für uns auch Kirchgemeinden: Sie sind offen für Präsentationen von Amnesty. Ein oder zwei Mal pro Jahr führen wir eine Strassenaktion am städtischen Integrationstag und anlässlich des Briefmarathons in einem öffentlichen Lokal durch.

► **Hat euch Corona sehr in eurem Engagement behindert?**

◄ **Elettra:** Ja, eindeutig. Zu Beginn der Pandemie haben wir uns virtuell getroffen, aber mit der Zeit hatten die Leute genug davon. Wir verlieren Mitglieder, und es gibt Motivationsprobleme. Immerhin konnten wir uns treffen, um Videos zu drehen. Es ist auch schwieriger, neue Mitglieder zu finden.

◄ **Reto:** Ich war mit den Gruppenmitgliedern per Telefon oder E-Mail in Kontakt, aber das ersetzt den persönlichen Austausch natürlich nicht. Es gibt so spannende Leute in unserer Gruppe: zum Beispiel eine schwedische Politologin, einen 82-jährigen ehemaligen Kaufmann, einen 40-jährigen Informatiker, eine Sozialpädagogin, einen ehemaligen kurdischen Flüchtling sowie eine Ärztin. Es ist ein weiteres Verdienst von Amnesty, dass ganz unterschiedliche Leute zusammenkommen.

► **Was motiviert euch für den Einsatz bei Amnesty?**

◄ **Reto:** In der Schweiz haben wir ein (über)geregeltes Leben, alles verläuft in ordentlichen Bahnen. Amnesty geht weltweit dorthin, wo das Leben nicht so geregelt ist, und setzt kleine Nadelstiche, die auch Riesen plagen können, von Russland bis China. Daneben gefällt mir auch die Internationalität, auf allen Kontinenten gibt es Amnesty-Gruppen. Unsere Gruppe



Elettra Bernasconi ist 23 Jahre alt. Sie ist im Tessin aufgewachsen, wohnt derzeit in Genf und wird nächstes Semester in Bern studieren. Sie hat einen Bachelor in Internationalen Beziehungen und absolviert jetzt einen Master in Rechtswissenschaften. Noch bis Mitte Jahr leitet sie die Uni-Gruppe Genf.

hatte zum Beispiel einmal Verbindungen mit Amnesty in Ghana, weil jemand von uns dort geschäftlich zu tun hatte.

◀ Elettra: Hinter meinem Engagement steht der Wunsch, in einer besseren Welt zu leben, sei es international oder national. Ich treffe mich gern mit Menschen, die diesen Willen teilen, die Menschenrechte zu verteidigen. Junge Menschen fragen sich oft, was für eine Welt sie erwartet. Ein Teil von Amnesty zu sein, gibt mir viel Hoffnung.

► Was sagt ihr den Leuten, die zögern, sich mit Amnesty zu engagieren? Die denken, dass es nichts bewirken würde?

◀ Elettra: Ich nenne oft den Briefmarathon als Beispiel. Indem wir Briefe schreiben, ermöglichen wir Verbesserungen. Ausserdem nützt es nicht nur anderen, sondern ist auch auf persönlicher Ebene lohnend. Ich habe bei Amnesty tolle Leute kennengelernt, das ist sehr motivierend. Dieses Engagement gibt mir generell viel Energie im Leben. Und wenn wir nichts tun, wird sich bestimmt nichts ändern!

◀ Reto: Ich höre tatsächlich oft den Einwand: «Da kann man ja doch nichts machen, das nützt doch nichts.» Deshalb freue ich mich, Elettra, wenn auch junge Leute sagen: «Doch, man kann etwas tun.» Ich nehme jeweils die «Good News» aus dem Amnesty-Magazin mit an die Standaktionen und zeige den Menschen, welche Erfolge es gab. In St. Gallen und Umgebung haben wir ausserdem ein Netz von etwa 200 Leuten, die Briefe gegen Menschenrechtsverletzungen schreiben. Sie kommen nicht an unsere Sitzungen oder Veranstaltungen, aber sie versenden Briefe an Regierungen. Solche kleinen Aktionen können Grosses bewirken.

► Welche Veränderungen habt ihr im Lauf der Jahre bei Amnesty bemerkt?

◀ Reto: In den ersten Jahren meines Engagements setzten wir uns als lokale Aktivmitglieder nur für Einzelfälle ein. Heute steht der Schutz von Minderheiten-Gruppen stärker im Zentrum, seien es Uiguren, Rohingya oder Homosexuelle, womit die systemischen Menschenrechtsverletzungen stärker an die Öffentlichkeit gebracht werden. Diese Veränderung ist für mich absolut nachvollziehbar. Den Einsatz für einzelne Menschen gibt es ja weiterhin.

◀ Elettra: Als ich mein Studium begann, wurde ich auf das Problem der sexuellen Belästigung aufmerksam gemacht. Heutzutage wird viel darüber gesprochen, auch auf der legislativen Ebene. Ich frage mich ausserdem, ob sich Amnesty schon immer so aktiv an Abstimmungen beteiligt hat.

◀ Reto: Früher war das viel weniger der Fall. Es überzeugt mich auch nicht ganz, wenn Amnesty zu schwergewichtig Position bezieht bei Abstimmungen. Ich finde, dass wir uns auf den Kern der Menschenrechte fokussieren und nicht zu

Reto Moritzi ist 71 Jahre alt und wohnt in Abtwil bei St. Gallen. Er war Sekundarlehrer und hat drei erwachsene Kinder und fünf Grosskinder. Reto Moritzi leitet die Lokalgruppe St. Gallen.



stark ins politische Tagesgeschäft eingreifen sollten. Ich denke da an Vorlagen wie die Konzernverantwortungsinitiative oder das Burka-Verbot. Natürlich muss Amnesty Stellung beziehen, wenn Individualrechte im Inland verletzt werden. Aber grosse Kampagnen zu Abstimmungen sehe ich eher kritisch. In unserer Gruppe besitzt auch nur eine Minderheit der Aktivmitglieder das Schweizer Stimmrecht.

«Ich treffe mich gern mit Menschen, die diesen Willen teilen, die Menschenrechte zu verteidigen.»

Elettra Bernasconi

► Elettra, wie beurteilst du den Einsatz von Amnesty bei Abstimmungen?

◀ Elettra: Ziemlich positiv. Amnesty bezieht Stellung, wenn die Menschenrechte direkt betroffen sind. Ich war aktiv vor der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative. Aber das hat viel Energie gekostet, auch weil die Initiative abgelehnt wurde.

► Was wünscht ihr Amnesty zum Geburtstag?

◀ Elettra: Dass wir nach der Pandemie wieder die Motivation finden, uns zu treffen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Wir müssen die Beziehungen innerhalb von Amnesty neu knüpfen.

◀ Reto: Dass es Amnesty in 60 Jahren nicht mehr braucht, weil alle Rechte eingehalten sind. [lacht] Das ist natürlich sehr idealistisch, und ich weiss, dass es wahrscheinlich nicht so sein wird. Ich wünsche mir, dass Amnesty immer Aktivist*innen haben wird, die alle Menschenrechte auch dort verteidigen, wo dies nicht so einfach ist. Wir müssen insbesondere die Menschen unterstützen, die die Menschenrechte vor Ort verteidigen. Bei uns in der Schweiz braucht das ja wenig Mut! Es steht nie einer vor der Tür und sagt: «Jetzt kannst du gleich mitkommen.»

DIE STRUKTUREN DER ORGANISATION WELTWEIT

Wir haben in einigen unserer Regionalbüros auf verschiedenen Kontinenten nachgefragt, welche Herausforderungen – nebst der Covid-19-Pandemie – sie zurzeit in ihrer Region am stärksten beschäftigen. Hier ihre Antworten.



REGIONALBÜRO AMERIKAS Mexico City 11 Sektionen

Covid-19 hat alle Aspekte der Arbeit

in den Sektionen Amerikas geprägt, ein gerechter sozioökonomischer Aufschwung, der die Ungleichheiten angeht und die Menschenrechte respektiert, ist nun vonnöten. Daneben sind momentan folgende Themen prioritär: das Recht auf Gesundheit, staatliche Repression, Geschlechtergerechtigkeit, Migration sowie die Stärkung des Aktivismus.

REGIONALBÜRO EUROPA Brüssel 26 Sektionen

In Osteuropa gibt es Rückschritte bei den Frauenrechten (Polen schränkt den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ein; die Türkei droht aus der Istanbul-Konvention auszutreten); in Ungarn und Russland wird versucht, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Für die Flüchtlinge in Griechenland ist keine Lösung in Sicht. Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus schränken auch in Westeuropa zivile Rechte ein.

REGIONALBÜRO WEST-UND ZENTRALAFRIKA Dakar 23 Länder

In vielen Ländern der Region gerät die Zivilbevölkerung zunehmend zwischen bewaffnete Gruppen und die Regierung. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist bedroht, LGBTI*-Rechte werden nach wie vor beschnitten, während Straflosigkeit in vielen Ländern fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen schafft. Millionen von Menschen wurden intern vertrieben. Die wirtschaftlichen und sozialen Rechte werden trotz Wirtschaftswachstum nicht erfüllt, ebenso wenig wie die Rechte von Frauen und Mädchen (Themen sind Kinderheiraten oder der erschwerte Zugang zu Verhütungsmitteln).

NATIONALE EINHEITEN

SEKTION Formell konstituiertes Gremium mit einer vom internationalen Vorstand genehmigten Satzung, das die Arbeit von Amnesty International in einem bestimmten Land, Staat, Gebiet oder einer Region durchführt.

STRUKTUREN bestehen mindestens aus einem Vorstand und Freiwilligen. Sie koordinieren die Menschenrechtsaktivitäten und stärken die nationale oder regionale Präsenz von Amnesty. Eine Struktur arbeitet mit dem Ziel, eine Sektion zu werden.

NATIONALE BÜROS werden an strategischen Orten eingerichtet und vom Internationalen Sekretariat beaufsichtigt, um die Menschenrechtsarbeit im Namen der Bewegung durchzuführen.

REGIONALBÜROS NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA
Beirut, Tunis, Ost-Jerusalem und London
20 Länder

In der gesamten Region nutzen die Behörden übermässig weit gefasste strafrechtliche Bestimmungen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit. Friedliche Kritiker*innen und Aktivist*innen werden eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht, Websites und die sozialen Medien werden blockiert. In vielen

Ländern der Region zahlen Menschenrechtsverteidiger*innen weiterhin einen hohen Preis für ihre Arbeit. Die Sicherheitskräfte in mehreren Ländern wenden oft ungesetzliche und übermässige Gewalt an.



REGIONALBÜRO ASIEN UND PAZIFIK
Bangkok, Hongkong
6 Sektionen

Die grösste Herausforderung ist der Militärputsch in Myanmar

und seine verheerenden Folgen für die Menschenrechte. Neben der Inhaftierung von Tausenden und der Tötung von Hunderten von Menschen, besteht die Gefahr einer humanitären Katastrophe mit Nachbeben für die gesamte Region. Internet-Blackouts behindern auch das Regionalbüro dabei, Missstände zu dokumentieren.

■ **LÄNDER** ohne Sektion, aber mit einer hohen Zahl an Mitgliedern auf internationaler Ebene.

★ **REGIONALE BÜROS** ermöglichen es, vor Ort Menschenrechtsanliegen anzugehen und Projekte durchzuführen. Sie werden rechtlich vom internationalen Sekretariat kontrolliert oder sind ihm angegliedert.

Das **Internationale Sekretariat** wird vom Internationalen Vorstand beaufsichtigt. Es vertritt die Bewegung nach aussen, koordiniert und leitet die globale Arbeit, entwickelt eine globale Strategie, Richtlinien und Standards und schützt den Namen und das Logo von Amnesty International.

60 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL

1961 GRÜNDUNG VON AMNESTY INTERNATIONAL

28. Mai 1961: Der britische Anwalt Peter Benenson fordert in «The Observer» die Leserschaft auf, mit Appellschreiben Druck auf die Regierungen zu machen und die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Dieses Datum markiert die Geburtsstunde von Amnesty International.

1964 KONSULTATIVSTATUS BEI DER UNO

1964 BEGINN DER ARBEIT IN DER SCHWEIZ

Die erste Amnesty-Gruppe wird in Genf gegründet.

1970 GRÜNDUNG SCHWEIZER SEKTION

1973 TODESSTRAFE

Die Amnesty-Delegierten beschliessen nach hitzigen Diskussionen, sich künftig für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

1977 FRIEDENSNOBELPREIS

1978 MENSCHENRECHTSPREIS DER UNO

2001 GESAMTES SPEKTRUM

Verabschiedung einer neuen Vision und Mission, die nun das ganze Spektrum an Menschenrechten weltweit umfassen.

2002 INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ICC

Nach langjährigem Druck von Amnesty-Unterstützer*innen nimmt der Internationale Strafgerichtshof (ICC) seine Arbeit auf.

2003 AMBASSADOR OF CONSCIENCE AWARD

Seit 2003 verleiht Amnesty International den undotierten Preis «Botschafter*in des Gewissens». Václav Havel war der erste Preisträger, 2019 ging der Preis an Greta Thunberg und Fridays for Future.

2012 NÄHER BEI DEN MENSCHEN

Ab 2012 werden regionale Büros auf den Kontinenten errichtet, um näher am Ort des Geschehens zu sein und Menschenrechtsverletzungen besser untersuchen und dokumentieren zu können.

2013 ATT

Nach 20 Jahren Engagement von Aktivist*innen verabschiedet die Uno-Generalversammlung im April 2013 den globalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT).

2020 10 MILLIONEN

Amnesty wird mittlerweile von 10 Millionen Menschen unterstützt und ist in mehr als 70 Ländern aktiv.

60 Jahre, 6 Erfolgsbeispiele

Trotz aller Angriffe auf die Menschenrechte: Das Engagement von Amnesty International und ihren Mitgliedern zeigt, dass ein Wandel möglich ist. Einige Beispiele von Erfolgen der letzten Jahre.

Von Olalla Pineiro Trigo

SIERRA LEONE Junge Mütter zurück in der Schule



Sierra Leone erlaubt seit 2019 jungen Müttern wieder den Schulbesuch. Der westafrikanische Staat hatte ab 2015 schwangeren Mädchen den Schulbesuch und die Teilnahme an Prüfungen verwehrt. Die Behörden hielten sie für «lernunfähig» und fürchteten einen negativen Einfluss auf andere Schüler*innen. Diese diskriminierende Massnahme betraf nach Angaben der Uno mehr als 14 000 Mädchen. Schwangerschaften bei Teenagern sind in dem Land laut Amnesty International meist das Ergebnis von Vergewaltigungen. Viele Mädchen werden auch schwanger, nachdem sie sich prostituiert haben, um zu überleben. Amnesty erreichte zusammen mit zwei anderen NGOs, dass das Schulverbot durch eine Klage bei der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas aufgehoben wurde. Amnesty begrüsst diesen Fortschritt, fordert Sierra Leone jedoch auf, Sexualaufklärung zu betreiben und die Kultur der Scham im Zusammenhang mit Kinderschwangerschaften zu beenden. Nach mehreren Interviews hatte die Organisation festgestellt, dass Familien junge Mädchen, die schwanger werden, oft nicht mehr unterstützen und dass sie von Lehrpersonen häufig ausgegrenzt werden.

Sierra Leone erlaubt seit 2019 jungen Müttern wieder den Schulbesuch. Der westafrikanische Staat hatte ab 2015 schwangeren Mädchen den Schulbesuch und die Teilnahme an Prüfungen verwehrt. Die Behörden hielten sie für «lernunfähig» und fürchteten einen negativen Einfluss auf andere Schüler*innen. Diese diskriminierende Massnahme betraf nach Angaben der Uno mehr als 14 000 Mädchen. Schwangerschaften bei Teenagern sind in dem Land laut Amnesty International meist das Ergebnis von Vergewaltigungen. Viele Mädchen werden auch schwanger, nachdem sie sich prostituiert haben, um zu überleben. Amnesty erreichte zusammen mit zwei anderen NGOs, dass das Schulverbot durch eine Klage bei der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas aufgehoben wurde. Amnesty begrüsst diesen Fortschritt, fordert Sierra Leone jedoch auf, Sexualaufklärung zu betreiben und die Kultur der Scham im Zusammenhang mit Kinderschwangerschaften zu beenden. Nach mehreren Interviews hatte die Organisation festgestellt, dass Familien junge Mädchen, die schwanger werden, oft nicht mehr unterstützen und dass sie von Lehrpersonen häufig ausgegrenzt werden.

EL SALVADOR Freilassung von Teodora del Carmen Vásquez

Wegen Mordes wurde Teodora del Carmen Vásquez in El Salvador zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Die junge Frau war bei der Arbeit, als sie plötzlich starke Schmerzen hatte. Sie verlor das Bewusstsein und erlitt eine Fehlgeburt. Die Polizei nahm Teodora wegen Mordverdachts fest, erst danach brachte man sie in ein Krankenhaus. 2008 verurteilte ein Gericht Teodora del Carmen Vásquez wegen «Mordes» zu 30 Jahren Gefängnis. In El Salvador gelten Fehlgeburten als Schwangerschaftsabbrüche. Diese sind generell illegal, auch in Fällen von Vergewaltigung und Inzest und auch wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. Amnesty International setzte sich

mit Petitionen, Demonstrationen und Briefen für Teodora ein und forderte ausserdem den Justizminister auf, sie freizusprechen und die Verurteilungen aller Frauen, die aufgrund von Schwangerschaftsabbrüchen inhaftiert wurden, aufzuheben. Teodora wurde 2018 entlassen, nachdem sie zehn Jahre hinter Gittern verbracht hatte.



KASACHSTAN Gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung

Wegen seiner geistigen Behinderung wurde Vadim Nesterov aus Kasachstan im Jahr 2011, als er 18 Jahre alt wurde, seine Rechtsfähigkeit aberkannt. Ohne die Möglichkeit, selbst über sein Leben zu entscheiden und seine Rechte wahrzunehmen, gab es für ihn nur wenig Hoffnung, je eine Anstellung zu finden oder heiraten zu können. Nach einem Bericht von Amnesty International über seinen Fall und der Intervention des Verbandes der kasachischen Psychoanalytiker*innen wurden Vadim Nesterov seine Rechte schliesslich wieder zugestanden.



SUDAN Ein Flüchtling, der sich für sein Volk einsetzt

Abdul Aziz Muhamat war erst 19 Jahre alt, als er 2013 den Sudan verliess, um dem Krieg zu entkommen. Leider wurde sein Flüchtlingsboot abgefangen, bevor es Australien erreichte. Die Behörden schickten ihn in ein Migrant*innen-Zentrum auf die Insel Manus in Papua-Neuguinea. Mit seinem Handy informierte Abdul mit Sprachnachrichten über die schlechten Bedingungen im Lager

und die katastrophalen Folgen von Australiens Migrationspolitik, die Flüchtlinge auf entlegene Inseln verfrachtet. Die Medien begannen, Abduls Geschichte zu veröffentlichen. Amnesty International startete eine Online-Kampagne, um seine Freilassung zu fordern. 2019 erhielt Abdul den Martin-Ennals-Preis, der jedes Jahr von zehn Menschenrechtsorganisationen verliehen wird. Abdul nutzte seine Reise in die Schweiz, um ein Asylgesuch zu stellen, das angenommen wurde. Er lebt heute in Genf und setzt sich für Menschen auf der Flucht ein – unter anderem im Rahmen der Kampagne #evakuierenJETZT, die eine verstärkte Aufnahme von Geflüchteten in Europa fordert.



© Jason Garman/ai



© Milena Marin/ai

SYRIEN Ermittlungen bei Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung

«Strike Tracker»: Dieses von Amnesty International 2018 ins Leben gerufene Projekt hatte zum Ziel, die Zerstörung der syrischen Stadt Rakka genau zu erfassen. Eine erste

Untersuchung hatte 2017 gezeigt,

dass die von den USA angeführte Koalition Bombardierungen durchführt hatte, bei welchen auch Hunderte Zivilpersonen getötet wurden. Auch nach-

NIGERIA Minderjähriger vor der Hinrichtung gerettet

Moses Akatugba aus Nigeria wurde des Diebstahls von drei Handys, Geld und Gutscheinen angeklagt. Für diese «Verbrechen» wurde der damals erst 16-jährige zum Tod verurteilt. Der Teenager war 2005 von den nigerianischen Behörden verhaftet worden, als er auf dem Weg zu seiner Tante war. Seine Familie erfuhr von der Verhaftung nur dank eines Strassenverkäufers, der Zeuge des Vorfalls geworden war. Moses Akatugba wurde genötigt, ein unter Folter erzwungenes Geständnis zu unterschreiben. Nach einem unfairen Prozess verurteilte ein Gericht den Schüler zu zehn Jahren Gefängnis. 2013, nach acht Jahren hinter Gittern, wurde Moses ausserdem zum Tod durch den Strang verurteilt. Zusammen mit anderen Organisationen, die in Nigeria aktiv sind, griff Amnesty International den Fall auf und forderte die Behörden auf, das Todesurteil umzuwandeln und die von der Polizei verübten Folterungen zu untersuchen. Aktivist*innen aus der ganzen Welt schlossen sich der Aktion an, indem sie

Briefe schrieben und über Facebook und Twitter massenweise Botschaften

an den Gouverneur des nigerianischen Bundesstaats

Delta schickten. Moses wurde schliesslich am 28. Mai 2015 begnadigt. Nach seiner Freilassung begann er, sich als Menschenrechtsaktivist zu engagieren und Folteropfern zu helfen.



© Mikka Pirtinen/ai

dem die Militärkoalition schliesslich ihre Verantwortung anerkannt und die Zahl der zivilen Opfer nach oben korrigiert hatte, blieb Amnesty überzeugt, dass dies nur die Spitze des Eisbergs darstellte. Deshalb wurde die Untersuchung fortgesetzt und «Strike Tracker» gegründet: ein partizipatives Datenerfassungstool, das es ermöglicht, das genaue Ausmass der Zerstörungen in Rakka zu erheben. Mehr als 3000 Freiwillige aus 124 Ländern beteiligten sich an der Aktion von Amnesty und analysierten Satellitenbilder, um die Zerstörung von Gebäuden zu dokumentieren und zu datieren – ein wichtiger Schritt zur Gerechtigkeit für die Opfer des syrischen Bürgerkriegs.

Unabhängige Untersuchungen machen einen wichtigen Teil der Arbeit von Amnesty International aus. Wir stellen zwei Menschen vor, die vor Ort über Menschenrechtsverletzungen recherchieren.

Oleg Kozlovsky, Russland-
Researcher zu Meinungs-
und Versammlungsfreiheit.



«Das Risiko gehört zum Beruf»

► AMNESTY: Was heisst es, als Researcher für Amnesty International zu arbeiten?

◀ **Oleg Kozlovsky:** Es bedeutet, stundenlang zu recherchieren, ein Netzwerk aufzubauen mit Menschen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden könnten oder es bereits sind. Und natürlich heisst es, Berichte zu schreiben, die in der Regel mindestens drei Mal von Amnesty-Abteilungen gegengecheckt werden. Häufig bin ich vor Ort, entweder in Russland oder in den angrenzenden Ländern, zum Beispiel, um über Demonstrationen zu berichten.

► Reden die Menschen offen mit Ihnen?

◀ Im Allgemeinen sind sie gerne bereit, mit Menschenrechtsorganisationen zu sprechen, aber manchmal müssen wir ihre Erwartungen herunterschrauben. Die Leute denken oft, dass wir ihnen zum Beispiel einen Anwalt zur Seite stellen oder bei Anträgen und Stellungnahmen an das Gericht helfen. Wir erklären dann, dass unser Job anders aussieht: Wir recherchieren und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. In der Regel leisten wir keine direkte Hilfe.

► Was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit am meisten?

◀ Wir alle möchten, dass Gewissensgefangene freigelassen, Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich verfolgt und ungerechte Gesetze abgeschafft werden. Mir gefällt es, alle Details zu einem konkreten Fall zu kennen, mit eigenen Augen zu sehen, was vor sich geht. Mit meiner Kamera, die mich immer begleitet, sammle ich Informationen vor Ort.

► Was bewirkt die Veröffentlichung eines Berichts?

◀ Manchmal ist es schwierig, eine konkrete Wirkung zu sehen, vor allem in Ländern, in denen die Menschenrechte nicht respektiert werden. Die Behörden leugnen, unseren Forderungen nachgegeben zu haben, und behaupten etwa im Fall von freigelassenen Gefangenen, dass sie diese sowie

so entlassen hätten. Es ist oft bittersüss, wenn ein politischer Gefangener dank unserer Arbeit freigelassen wird, die Behörden aber niemals zugeben würden, dass er unschuldig ist. Für Menschen, die vor Gericht stehen, ist es wichtig zu wissen, dass sie nicht allein sind.

► Haben Sie manchmal Angst?

◀ Der Risikofaktor gehört tatsächlich zu meinem Job, und ja, manchmal habe ich Angst. Wer in Russland für die Menschenrechte arbeitet, läuft Gefahr, entführt, gefoltert oder geschlagen zu werden. Mir ist das 2018 auf meiner ersten Reise mit Amnesty passiert: Als ich über die Proteste in Inguschetien im Nordkaukasus berichtete, wurde ich entführt und misshandelt. Warum weiss ich bis heute nicht. Im Vergleich zu anderen russischen Aktivist*innen habe ich aber einen Vorteil: Wer für Amnesty arbeitet, ist Teil einer globalen Bewegung. Die Behörden respektieren unsere Organisation.

► Was hat sich in den 15 Jahren Ihrer Arbeit für die Menschenrechte verändert?

◀ Als ich vor 15 Jahren an Protesten teilnahm, wurde ich regelmässig verhaftet. Das Schlimmste, was passieren konnte, waren ein paar Tage oder Wochen Haft. Heute landen Aktivist*innen selbst wegen friedlicher Proteste für Jahre hinter Gittern, verlieren ihren Job oder werden gefoltert. Viele müssen das Land verlassen. Die Situation hat sich eindeutig verschlechtert. Bürokratie und Gesetze machen auch den NGOs das Leben schwer. Aber die russische Zivilgesellschaft hat sich weiterentwickelt: Vor 20 Jahren haben meine Freund*innen nicht geglaubt, dass ich mich ehrenamtlich engagiere. Sie dachten, ich würde bezahlt oder wolle für das Parlament arbeiten. Heute sind viele von ihnen selbst aktiv! Je mehr wir erreichen, desto klarer wird, dass wir die Menschenrechte brauchen.

Interview: Émilie Mathys



Cecilia Oluwafisayo Aransiola,
Researcherin in Nigeria.

«Frauen zu ihrem Recht verhelfen»

► **AMNESTY:** Sie sind Spezialistin für geschlechtsspezifische Gewalt und Frauenrechte in Nigeria. Warum interessieren Sie sich für diese Thematik?

◄ **Cecilia Oluwafisayo Aransiola:** Ich bin in einer Familie aufgewachsen, in der die Rechte der Frauen respektiert werden, und wurde gleich behandelt wie mein Bruder. Erst später wurde mir klar, dass das für viele Mädchen anders ist. Zwar gibt es in Nigeria mehrere Gesetze, die Geschlechterdiskriminierung und -ungleichheit verbieten, aber die Realität sieht anders aus, zum Beispiel beim Zugang zu Bildung: In ärmeren Gemeinden werden in der Regel die Jungen zur Schule geschickt. Mädchen leiden zudem unter patriarchalischen Traditionen wie Genitalverstümmelung und Zwangsheirat. Ebenfalls ein weitverbreitetes soziales Problem ist die sexuelle Gewalt in der Schule, am Arbeitsplatz oder bei Übergriffen durch bewaffnete Gruppen. Mädchen werden häufig von der bewaffneten Gruppe Boko Haram entführt. Gesetze reichen nicht, die Regierung muss Massnahmen ergreifen, damit die Diskriminierung wirklich aufhört. Mit meiner Recherchearbeit möchte ich Veränderungen herbeiführen und dazu beitragen, dass den Frauen Gerechtigkeit widerfährt.

► **Für Ihre Arbeit brauchen Sie starke Nerven...**

◄ In der Tat ist es ein emotionsgeladener Job. In gewissen Situationen kann man die Gefühle nicht ausschalten, insbesondere wenn es um Vergewaltigungsopfer geht. Die Frauen, die mir ihre Geschichte erzählen, sind traumatisiert. Ich erinnere mich an den Fall eines fünfjährigen Mädchens, der mich sehr betroffen gemacht hat. Manchmal fühle ich mich machtlos. Ich frage mich, wie ich mehr für diese Frauen tun kann, als nur über sie zu berichten. Aber ich muss akzeptieren, dass das nicht in meiner Verantwortung liegt. Ich verweise sie an Organisationen, deren Mitarbeitende in diesen Fragen geschult sind und sie in ihrem Verarbeitungsprozess begleiten und unterstützen. Das beruhigt mein Gewissen

und gibt mir eine Art von innerem Frieden. Für das eigene Gleichgewicht ist es zentral, sich abzugrenzen und loszulassen. An den Wochenenden versuche ich so viel Zeit wie möglich mit meiner Familie zu verbringen. Auch Malen entspannt mich sehr.

► **Wie verhalten Sie sich gegenüber Opfern von Gewalt?**

◄ Am Anfang sind sie oft misstrauisch. Sie wissen nicht, wer ich bin, welche Verbindungen ich zur Regierung habe. Nicht immer verstehen sie, warum gerade sie meine Aufmerksamkeit verdienen, warum ihr Fall etwas bewegen soll. Daher ist es wichtig zu erklären, wie Amnesty International arbeitet

«Für das eigene Gleichgewicht ist es zentral, sich abzugrenzen und loszulassen.»

und wofür sich die Organisation einsetzt. Ich informiere die Frauen über ihre Rechte, dass ihre Aussage anonym ist und dass sie das Gespräch jederzeit abbrechen können. Ausserdem muss ich dafür sorgen, dass sie sich wohl fühlen. Ich muss geduldig sein, zuhören können, die Frauen in ihrem eigenen Tempo reden lassen, ohne sie unter Druck zu setzen. Es bedeutet auch, vorurteilsfrei und einfühlsam zu sein. So kann ich ein Vertrauensverhältnis aufbauen.

► **Warum ist Ihre Arbeit so wichtig?**

◄ Unrecht gegenüber einem Menschen ist ein Unrecht gegenüber allen. Ich sehe mich als eine Art Wachhund und will dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird. Es ist wichtig, vor Ort zu sein und die verschiedenen sozialen Ungerechtigkeiten zu dokumentieren, denn das vermittelt Hoffnung. Hoffnung, dass wir die Dinge verändern können und dass es eine Wiedergutmachung für die Opfer von Gewalt und Diskriminierung gibt.

Interview: Olalla Pineiro Trigo

Der Ex-Häftling, der nicht aufgeben will

Yves Makwambala war 18 Monate lang inhaftiert, weil er eine Demokratieplattform ins Leben gerufen hatte. Der Kongolese blieb selbst im Gefängnis immer aktiv. Von Amnesty-Aktivist*innen erhielt er kistenweise Briefe. Von Olalla Pineiro Trigo

«Ich hasse Politik!», sagt Yves Makwambala am Telefon. Seine Twitter-Feeds über die Demokratische Republik Kongo (DRK) zeigen jedoch das Gegenteil: Sie handeln von bewaffneten Auseinandersetzungen, von Korruption und Polizeibrutalität. Der Grafikdesigner und Webmaster hat nie ein Blatt vor den Mund genommen. Eineinhalb Jahre war er in Makala inhaftiert, im Gefängniszentrum von Kinshasa, einer der überfülltesten Haftanstalten der Welt. Sein Verbrechen? Er hatte eine pazifistische Aktionsplattform ins Leben gerufen, die sich an die Jugend des Landes richtete. «Die Menschen im Kongo müssen erkennen, dass Straflosigkeit nicht toleriert werden kann und dass eine andere Gesellschaft möglich ist. Die Kraft zur Veränderung kommt von unten», sagt der heute 38-Jährige.

Geboren und aufgewachsen in Kinshasa, stammt Yves Makwambala aus einem wohlhabenden Umfeld, das ihm den Besuch der besten Privatschulen des Landes ermöglichte. «Am Familientisch ging es um Politik, Politik, Politik. Sogar an Weihnachten!» Dennoch entschied er sich für einen Beruf in der Informatik – sehr zum Missfallen seines Vaters. «Er wollte, dass ich Politikwissenschaften studiere. Ich aber wollte weg von diesem Thema, weil ich die Auswirkungen des politischen Exils bei mehreren Verwandten gesehen hatte. Ich habe zwar noch an einem Parteitreffen teilgenommen, aber das hat mich gelangweilt!» Bereits mit 27 Jahren gründete er seine eigene IT-Dienstleistungsfirma und engagierte sich gleichzeitig in Vereinen zur Förderung lokaler Künstler*innen.

40 Tage ohne Anklage | Eines Tages erzählte ihm sein Cousin von Filimbi, einer Aktionsplattform, die mehrere gewaltfreie Bürgerbewegungen wie Y'en a marre, Balai Citoyen und Lucha zusammenführte. Das Ziel: Die Jugend sollte ermutigt werden, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. «Mein Cousin wollte, dass ich mich ihnen anschliesse und bei der Erstellung einer Website helfe. Ich war skeptisch, weil

ich die Hierarchien und den Personenkult, die in manchen solcher Strukturen existieren, hasse.» Aber die demokratischen Werte der Bewegung überzeugten ihn schliesslich.

Seine Mitarbeit sollte nur von kurzer Dauer sein. Am 15. März 2015 startete Yves um 12 Uhr die Website von Filimbi, drei Stunden später verfrachteten Soldaten ihn und vierzig anderer Aktivist*innen in Jeeps und fuhren in Richtung des Geländes der ANR, des kongolesischen Geheimdienstes. «Sie schlugen einige von uns. Sie warfen mir vor, dass ich gedroht hätte, den Präsidenten zu töten. Sie sagten, dass ich jetzt «dran» sei. Da konnte ich nur noch beten.»

Yves verbrachte vierzig Tage in einem Kerker, ohne Verhandlung oder Besuch, mit 35 anderen in einen kleinen Raum eingesperrt. «Sie nannten es Guantánamo. Wir schliefen auf dem Boden, inmitten von Insekten. Der einzige tägliche Ausflug war die Dusche, die sich hundert Häftlinge teilten.» Yves musste bis zu zehn Verhöre pro Tag über sich ergehen lassen, bei denen immer wieder die gleichen Fragen gestellt wurden: über seine Verbindungen zu dieser «terroristischen Gruppe», Informationen über Filimbi und über andere Aktivist*innen. «Die kongolesische Regierung zensierte das Internet und machte deshalb Jagd auf Informatiker wie mich.»

Erst als er der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurde, erfuhr Yves von der Anklage: Mitgliedschaft in einer Vereinigung, die mit dem Ziel gegründet worden sei, Menschen und Eigentum anzugreifen, Verschwörung und Anstiftung zur Gewalt gegen das Staatsoberhaupt. «Ich war sicher, dass ich mein ganzes Leben im Gefängnis verbringen würde, ich hatte keine Hoffnung.» Sein Anwalt legte Berufung ein, diese wurde aber abgelehnt. Dem jungen Informatiker drohte nun eine Strafe, die von 10 Jahren Gefängnis bis zur Todesstrafe reichen konnte.

Alltag im Gefängnis | Yves wurde auf die Häftlingsstation Nr. 8 in Makala verlegt, in der es bisweilen gewalttätig



Yves Makwambala hat seine Heimat verlassen müssen, ist aber immer noch aktiv für die dortige Demokratiebewegung.

zu und her ging. Das zeigen die sogenannten «Paraden»: «Die neuen Häftlinge müssen den Korridor mit einer Bürste reinigen, auf allen Vieren. Einige werden gezwungen, die Abwasserrohre mit blossen Händen zu reinigen.» Wer Geld hat, wird in Makala unantastbar und erhält Privilegien. «Die Mittellosen hingegen bleiben im Elend oder verkaufen sich als Knechte für die anderen.»

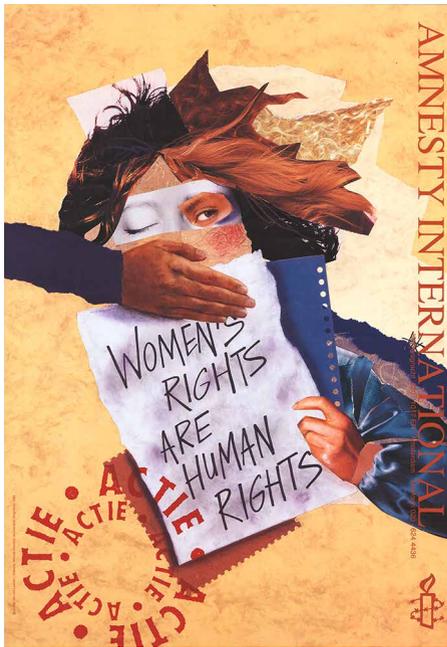
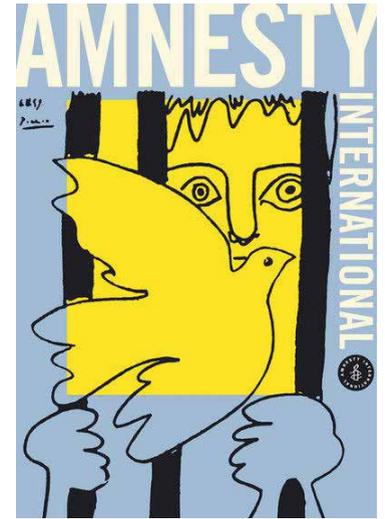
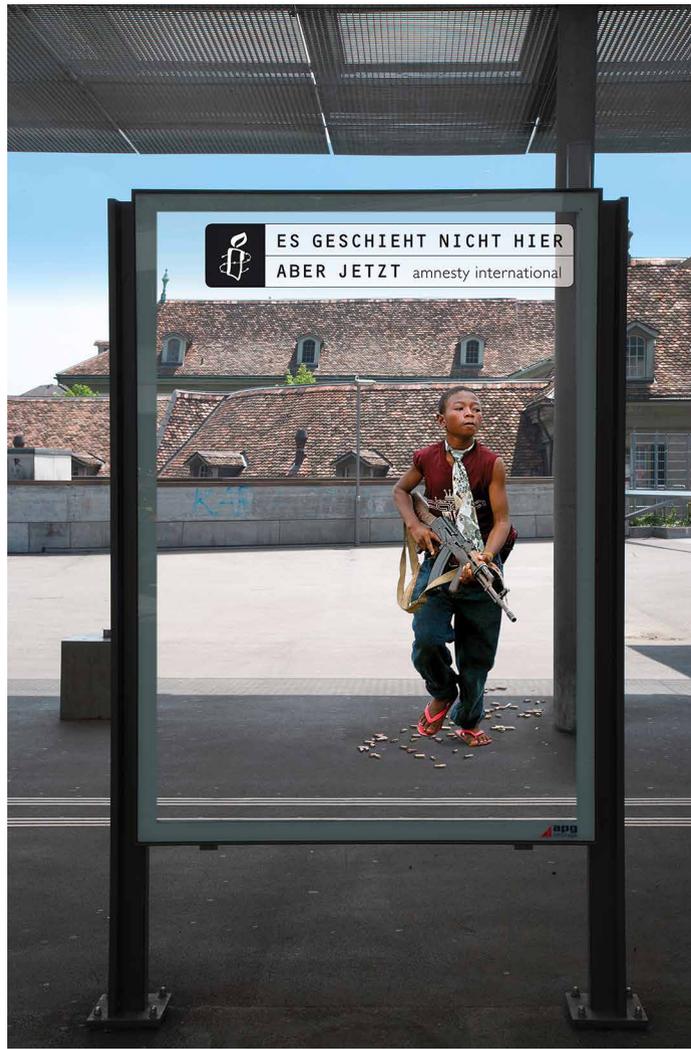
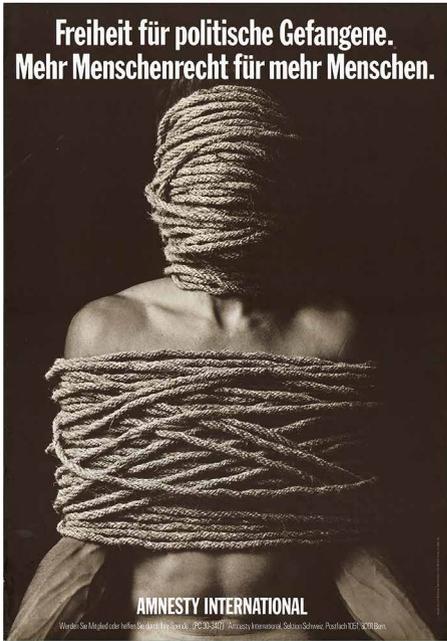
Trotz der Gewalt und der Isolation kam es für Yves nicht infrage, sich «verdummen» zu lassen. Für 1000 Dollar erhielt der Informatiker eine Zelle, die er sich mit dem Lucha-Aktivisten Fred Bauma teilte. Sie strichen die Zelle neu, kauften einen Fernseher und eine Klimaanlage und bauten eine Bibliothek mit politischen Büchern und Computerhandbüchern auf. Sie nannten es «das kleine Paradies». «Wir versuchten, einen Ort zu schaffen, wo wir die Brutalität des Gefängnisses vergessen konnten.» Um den Anschein eines normalen Lebens aufrechtzuerhalten, legten die Zellengenossen eine Routine fest: Nicht vor zehn Uhr morgens aufstehen, lernen und möglichst Angehörige sehen. «Um meine Mutter zu schützen, versuchte ich zu verbergen, dass ich litt.» Die Abende waren dem Lesen gewidmet. «Derjenige, der ein Buch beendet hatte, erzählte dem anderen, was ihn beeindruckt hatte. Wir sprachen auch über Politik und unsere Projekte.» Fred und Yves stellten fest, dass viele Häftlinge keine Ausbildung hatten und nach ihrer Entlassung keine Arbeit finden würden. Sie beschlossen, innerhalb von Makala ein Zentrum zu schaffen, wo Yves Gefangenen Computer-

kurse anbieten würde und Fred ihnen Lesen und Schreiben beibringen wollte. Dieses Projekt erblickte nie das Licht der Welt, da die beiden Männer vorher entlassen wurden.

Frei, aber nicht sicher | Als sich die Medien und NGOs aus dem Ausland für die Situation der beiden zu interessieren begannen, ging es plötzlich schnell. «Meine Mutter kam und erzählte, dass Amnesty International meinen Fall verfolgte und sich für meine Freilassung einsetzte. Ich sagte: «Das ist toll, aber was bringt das?».» Yves Makwambala und Fred Bauma erhielten Tausende von Briefen und Hoffnungsbotschaften von Menschen aus aller Welt. «Ich hatte mehr als sechs Kisten voll! Ich konnte gar nicht alles lesen.» Dank dem politischen Druck wurden die beiden Aktivisten nach 18 Monaten Haft freigelassen.

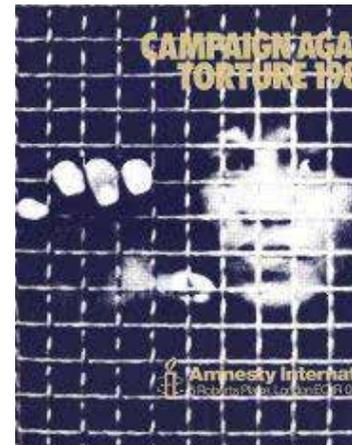
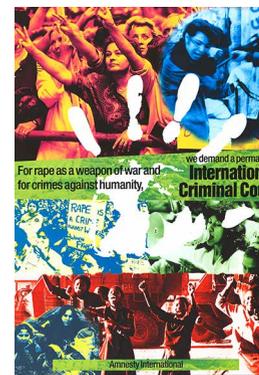
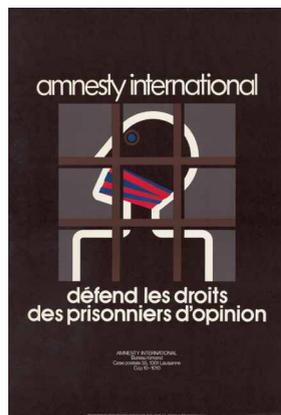
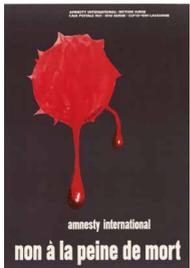
Eine Erleichterung, die aber allmählich der Angst wich. Angst, verfolgt zu werden oder wieder hinter Gitter zu kommen. «Ich kümmerte mich um ein gültiges Visum für Belgien. Ich lebte in Paranoia», gibt Yves zu. In Belgien erhält er politisches Asyl. In seiner Wohnung nördlich der Hauptstadt arbeitet er im Homeoffice an einem Projekt zur Verbesserung der Online-Kommunikation für NGOs. Er teilt weiterhin Online-Artikel über die DRK und bleibt aus der Ferne für Lucha aktiv.

Die Anklagen gegen ihn wurden nie fallen gelassen, und ihm droht weiterhin sogar die Todesstrafe. Yves wird nicht nach Hause zurückkehren, bis er vollständig freigesprochen ist. |



BILDER, DIE HÄNGEN BLEIBEN

Mit Plakaten macht Amnesty International die Öffentlichkeit auf ihre Anliegen aufmerksam. Über die Jahre und rund um den Globus entstanden eindruckliche Bilder.



"THE OIL DESTROYED THE BOAT I USED FOR FISHING"

SHELL. OWN UP. PAY UP. CLEAN UP.

AMNESTY INTERNATIONAL

amnesty international

défend
les droits de l'homme

AMNESTY INTERNATIONAL
Case postale 8, 1800 Vevey 2
T +41 26 321 11 11

Amnesty International

A LOT LESS ABOUT
THOSE WHO SELL
THEM ARMS.

an Arms Trade Treaty
m/AmnestyArms

AMNESTY INTERNATIONAL

Look carefully and you'll see that arming a totalitarian country means arming it against its people.

100 days to call for an Arms Trade Treaty.
Join us on [facebook.com/AmnestyArms](https://www.facebook.com/AmnestyArms).

AMNESTY INTERNATIONAL

HUMAN RIGHTS START WITH BREAKFAST

United States Senator, Former President of Senegal

AMNESTY INTERNATIONAL

ai
amnesty international

Still und leise
ersticken sie
an unserem Schweigen.

Freiheit
für politische Gefangene.

AMNESTY INTERNATIONAL

KEEP MOVING!

50° della Dichiarazione Universale dei Diritti dell'Uomo

Amnesty International <http://www.amnesty.ch>

Droit d'asile
Droits de l'homme

Amnesty International Section Suisse

© Andy Spyra



«Raus. Weg hier!»

Äthiopiens Krieg gegen die abtrünnige Region Tigray zwingt Zehntausende Menschen zur Flucht in den Sudan. Es droht eine Hungersnot. Ein Besuch vor Ort. Von Patrick Witte (Text) und Andy Spyra (Bilder)

Amanuel Tesfay und seine Familie mussten Hals über Kopf aus Äthiopien fliehen.

Im sudanesischen Hamdajet braucht Amanuel Tesfay seit Monaten die Hilfe Gottes, um in den Tag zu kommen. Er betet für die Kraft, von dem schmalen Bett aufzustehen. Und er betet für ein funktionierendes Telefonnetz, um die Stimmen seiner Ehefrau und seiner drei Kinder zu hören. Tesfay versucht zu verstehen, wie aus ihm, dem 35-jährigen Familienvater und Sesamhändler mit bescheidenem Wohlstand aus Tigray, ein Flüchtling im abgelegenen sudanesischen Grenzdorf Hamdajet werden konnte. Der auf Essensrationen von Hilfsorganisationen angewiesen ist. Der in der Nacht vielleicht dreissig Minuten am Stück schlafen kann, bevor die Albträume ihn wecken.

Tesfay stammt aus Humera, einer Stadt im Norden Äthiopiens. Das Land am Horn von Afrika ist eine Regionalmacht und mit 110 Millionen Einwohner*innen eines der bevölkerungsreichsten Länder des Kontinents. Es ist in einen Bürgerkrieg geraten, der zu einer humanitären Katastrophe zu eskalieren droht mit möglichen Folgen auch für Europa.

Anfang November 2020 hatte sich ein Machtkampf zwischen Äthiopiens Premierminister Abiy Ahmed und der Führung der Region Tigray zugespitzt. Die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) war jahrzehntelang herrschende Kraft im Land gewesen, bis sie 2018 durch Abiy politisch kaltgestellt wurde und sich samt ihrem militärischen Flügel in ihre Region zurückzog. Als TPLF-Truppen im vergangenen Herbst einen Stützpunkt der nationalen Armee überfielen, befahl Abiy eine Militäroperation zur Wiederherstellung von «Recht und Ordnung». Ende November erklärte er die Operation für erfolgreich

beendet und versicherte, keine einzige Zivilperson sei dabei ums Leben gekommen.

In Wahrheit dauern die Kämpfe an. Und es häufen sich Berichte über Gräueltaten aller Konfliktparteien: Massaker, Vergewaltigungen, Luftangriffe auf Städte, Plünderungen von Krankenhäusern. Hilfsorganisationen warnen vor einer Hungersnot. Ausländische Beobachter*innen werfen der Regierung in Addis Abeba vor, humanitäre Hilfe gezielt zu drosseln. Die Uno, die Afrikanische Union (AU) und die EU stehen ratlos vor einem Land, das bislang zu den politischen Zugpferden Afrikas gehörte.

Für ausländische Medienschaffende ist Tigray seit Beginn der Angriffe abgeriegelt. Berichte von vor Ort sind nur auf zwei Wegen zu bekommen: durch die wenigen in der humanitären Hilfe Tätigen und durch die über 60 000 Flüchtlinge, die es bislang in den Sudan geschafft haben.

Am 9. November 2020, so erzählt Tesfay, habe er sich vormittags in Humera, einer Stadt mit 20 000 Einwohner*innen, am Kaffeestand mit einer Verkäuferin unterhalten. Plötzlich scharfes Rauschen. Geschosse schlugen ein, Explosionen, schwarzer Rauch vor blauem Himmel. «Manche bleiben ruhig im Sturm. Denken nach, packen ein paar Sachen. Ziehen los. Doch ich blieb nicht so cool.» Er rennt einige Hundert Meter im Granathagel bis zu seinem Haus und schreit seiner Frau zu: «Raus. Weg hier!» Mit nichts als der Kleidung am Leib und umgerechnet 200 Franken ergreifen sie die Flucht: ausser ihm und seiner Frau die drei Kinder und sein jüngerer Bruder Kibroum.

Ethnische Spannungen | Sie seien mehrere Tage unterwegs gewesen, sagt Tesfay, obwohl der Grenzfluss Tekeze nur wenige Stunden Fussmarsch entfernt ist. Immer wieder verstecken sie sich im Gebüsch. Tesfay berichtet von durstigen Kin-

dern und erschöpften Schwangeren, die wie sie Richtung Sudan wollten. Während der Flucht fällt ihm auf: Die Geschosse auf seine Stadt kommen aus den Hügeln im Norden. Im Norden, direkt hinter Humera, verläuft die Grenze. Die Granaten werden offenbar vom Territorium Eritreas aus abgefeuert.

Tesfays Erzählungen sind im Detail nicht verifizierbar, aber sie decken sich mit den Berichten anderer Flüchtlinge. Inzwischen gehen westliche Diplomaten*innen wie auch Menschenrechtsorganisationen davon aus, dass Abiy im Kampf gegen die TPLF von Beginn an militärisch von Eritrea und dessen Diktator Isayas Afewerki unterstützt worden ist.

Die Sicht des tigrayischen Händlers auf die guten Jahre seines Landes teilen nicht alle Äthiopier*innen. Für viele Angehörige anderer Ethnien in dem Vielvölkerstaat, vor allem der zahlenmässig grösseren Amharen und Oromo, war die TPLF nicht nur Segen, sondern auch Fluch. Die TPLF besetzte fast alle Schaltstellen in Politik, Militär und Wirtschaft mit eigenen Leuten. Widerspruch wurde nicht geduldet, die Partei agierte immer autoritärer. Ende der 1990er-Jahre verstrickte sie das Land zudem in einen Grenzkrieg mit Eritrea.

Beides – die Dominanz der TPLF wie die Feindschaft mit Eritrea – endete mit der Wahl von Abiy Ahmed zum Premierminister im April 2018. Abiy, Angehöriger der Volksgruppe der Oromo, entliess politische Gefangene, stellte Pressefreiheit her, vermittelte in Konflikten anderer Nachbarländer. Und er schloss unter internationalem Beifall samt Nobelpreis Frieden mit Eritreas Alleinherrscher Afewerki. Doch Abiy Ahmeds Aufstieg zum vermeintlichen Superstar war nur die eine Seite.

Von der neuen Meinungsfreiheit profitierten in Äthiopien ausser demokratischen Kräften auch Nationalist*innen der verschiedenen Ethnien. Spannungen zwischen den Volksgruppen hat es immer



© Andy Spyrta

Das Camp Um Rakuba im Sudan, in welchem Zehntausende Flüchtlinge aus Äthiopien untergebracht sind.

wieder gegeben, viele der über 80 Ethnien in Äthiopien streben nach mehr Autonomie. Abiys Ziel einer stärkeren Zentralregierung löste zum Teil gewaltsame Proteste in verschiedenen Regionen aus.

Hunger und Angst | «Meine Kinder hatten Hunger und Angst, sie weinten ständig», sagt Tesfay über die erste Zeit in Hamdajet. «Das Essen war schlecht, wie fast alle anderen bekamen wir Durchfall.» Dann ein Anruf. Ein Nachbar in Humera hat es in das eigentlich gesperrte Handynetz geschafft. Soldaten, berichtet er, wollten Haus und Hof der Familie plündern. Tesfays Bruder Kibroum will sofort zurück. Tesfay kann ihn nicht halten. Der 21-jährige Kibroum schafft es über die Grenze nach Humera und erwischt einen Moment, in dem das Handynetz funktioniert. Er erzählt von Ausgangssperren und Soldaten. Aber auch, dass das Haus unversehrt sei und er sich dort sicher fühle. Dass er Essen habe.

In Hamdajet aber hat sich die Lage zu diesem Zeitpunkt verschlimmert: Hitze, Sturm, Sand. Schliesslich denkt auch Tesfays Frau an Rückkehr. Einer Mutter

mit drei Kindern werde man schon nichts tun. Tesfay schickt seine Familie nach Hause, bleibt selbst zurück. «Wie sehr ich diese Entscheidung bereue.»

Ende November berichten neu angekommene Flüchtlinge von Gräueltaten in Tigray. Auch in Humera. Die Fano, eine mit der äthiopischen Armee verbündete Miliz der Amhara, mache Jagd auf junge Tigray im wehrfähigen Alter.

Tesfay fleht seinen Bruder an, zurück nach Hamdajet zu kommen. Kibroum zögert, schliesslich willigt er auf Druck von Tesfay ein. Kurz vor der Grenze tötet ihn die Fano. «Er war der beste Mensch, den ich kannte», sagt Tesfay. Dass seine Familie ihn habe begraben können, tröste ihn. Aber es könne die Schuld nicht von ihm nehmen.

Ja, sagt Tesfay, die Sudanese*innen seien hilfsbereit, hätten ihm schliesslich ein leer stehendes Haus hier unten im Dorf überlassen. Kostenlos. Dort wohnt er nun, zusammen mit sechs anderen Tigray, wartet auf neue Flüchtlinge, die Informationen mitbringen. Aber es kommen immer weniger über die Grenze, die inzwischen auf äthiopischer Seite gut bewacht wird.

Seine Frau schlage sich im Heimatdorf Humera jenseits der Grenze durch, sagt Tesfay. Trotz allem. Die Banken funktionierten nicht, es gebe keine Möglichkeit, an Geld zu kommen. Krankenhäuser seien geplündert worden, Medikamente Mangelware, Geräte zerstört. Ab sechs Uhr abends gelte eine Ausgangssperre, jede Nacht höre seine Frau Gewehrsalven.

Inzwischen sind nach Schätzungen der Uno über die Hälfte der sieben Millionen Tigray auf Hilfe angewiesen. Die Kämpfe begannen zur Erntezeit, Erträge gingen verloren, kaum jemand konnte seither die Felder bestellen. Eritreische und äthiopische Truppen sowie Fano-Milizen sollen Ackerland und Getreidespeicher vernichtet haben.

Verbrechen an Zivilpersonen |

Um humanitäre Hilfe zu leisten, wäre eine Waffenruhe nötig. Tesfay würde sofort nach Humera zurückkehren, wenn die Lage sicherer wäre. Gleichzeitig will er wie die meisten anderen Flüchtlinge in Hamdajet, dass die TPLF den Kampf aus den Bergen heraus weiterführt.

Amnesty International beschuldigte eritreische Truppen eines Massakers an mehreren Hundert Zivilpersonen, begangen Anfang November in der tigrayischen Stadt Aksum. Ähnliche Verbrechen wurden inzwischen in Mai Kadra und Humera dokumentiert. Als mutmassliche Täter*innen werden sowohl tigrayische als auch amharische Milizen genannt.

Die USA und die EU haben ein Ende der Gewalt und den Abzug eritreischer Einheiten aus Äthiopien gefordert. In Brüssel fürchtet man eine neue Flüchtlingsbewegung Richtung Europa. Premierminister Abiy Ahmed hält daran fest, dass die Kämpfe vorbei sind. Glaubt man den Flüchtlingen aus Tigray, hat ihr Krieg gerade erst begonnen. |

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in «Die Zeit».

«Es gab einen Dammbbruch»

2020 kam es in der Schweiz nicht zu wesentlich mehr antisemitischen Vorfällen als in den Vorjahren. Doch macht die Zunahme antisemitischer Verschwörungstheorien, die auch im Umfeld der sogenannten Corona-Rebellen kursieren, grosse Sorgen. 2021 ist hingegen besorgniserregend gestartet.* Interview mit Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG).

Interview: Manuela Reimann Graf

► **AMNESTY:** Welche Taten werden im Antisemitismusbericht des SIG überhaupt als antisemitisch klassiert?

◀ **Jonathan Kreutner:** Wir gehen von der international anerkannten Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) aus. Fast alle Organisationen, die sich dem Thema widmen, arbeiten mit der Definition. Basis des Berichts sind die uns gemeldeten Vorfälle, die wir darauf hin analysieren, ob sie dieser Definition entsprechen. Gleichzeitig beobachten wir aktiv das Internet auf antisemitische Äusserungen und Drohungen hin. Es gibt Grenzfälle, die bei uns in einer separaten Kategorie landen und für den Bericht nicht mitgezählt werden. Bei Grenzfällen haben wir es oft mit schwierigen Kontextualisierungen und Interpretationsmöglichkeiten zu tun. Das kommt zum Beispiel gehäuft im Bereich von israelbezogenem Antisemitismus vor.

► **Viele Vorfälle gelangen aber gar nicht erst zum SIG. Aus verschiedensten Gründen melden sich die Opfer nicht. Müssen wir davon ausgehen, dass viel mehr passiert?**

◀ Wir können davon ausgehen, dass es bei den gravierenden Fällen, bei Tötlichkeiten, keine grosse Dunkelziffer gibt; von diesen Ereignissen würden wir erfahren. Bei «leichteren Fällen», wie Beschimpfungen, muss man von einer

Dunkelziffer ausgehen; wie hoch diese ist, ist aber schwer eruierbar.

► **Durch die Corona-Pandemie gab es offenbar eine Verschiebung der Vorfälle in die sozialen Medien, in denen antisemitische Verschwörungstheorien zunehmen.**

◀ Corona war ein starker Trigger. Die sozioökonomischen Auswirkungen der Krise, die auch für die Schweiz aussergewöhnlich sind, könnten zu dieser Zunahme an Verschwörungstheorien geführt haben. Die Pandemie schwemmt, wie schon Jahrhunderte zuvor, antisemitische Klischees an die Oberfläche. Der Bericht bezieht sich allerdings nur auf das Jahr 2020 – im aktuellen Jahr stellten wir in den ersten drei Monaten bereits mehr gravierende Fälle fest als zuvor während eines ganzen Jahres.

Wir hatten schon jetzt einige gravierende Ereignisse wie Schändungen von Synagogen oder sogenannte Zoom Bombings (virtuelle Attacken auf Online-Veranstaltungen, Anm. der Red.). Diese Situation ist sehr besorgniserregend.

► **Können Menschen, die zuvor mit Antisemitismus nichts am Hut hatten, aufgrund der Corona-Verschwörungstheorien in den sozialen Medien zu Antisemit*innen werden?**

◀ Es ist wichtig zu betonen: Nicht alle Corona-Rebellen haben ein Antisemitismus-Potenzial. Aber es ist auffällig, wie

stark sich in dieser Bewegung antisemitische Muster manifestieren. Es ist schwierig abzuschätzen, wie viel davon wirklich auf Corona zurückzuführen ist. Allerdings muss festgestellt werden: Die Holocaust-Vergleiche gehören mittlerweile in diesen Kreisen schon fast zum Mainstream. Hier gab es einen Dammbbruch.

Es zeigt sich also, dass es in einer solchen Krise mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit der Einschränkung demokratischer Rechte und von Freiheitsrechten einen Nährboden für Antisemitismus gibt. Das gilt übrigens nicht nur für Antisemitismus, sondern auch für Rassismus und für andere Formen der Ausgrenzung. Leider ist es so, dass die jüdische Minderheit oft ein Seismograf für solche Tendenzen in der Gesellschaft ist – der historisch gewachsene Sündenbock halt.

► **Werden diese Strömungen mit dem Ende der Pandemie wieder schwächer werden, gar verschwinden?**

◀ Wir müssen genau hinschauen, was diese Entwicklung für uns und für die gesamte Gesellschaft bedeutet. Die

* Dieses Interview wurde Anfang Mai geführt, vor Ausbruch des aktuellen Konflikts in Israel-Gaza. Bis zur Drucklegung dieses Magazins hat sich gemäss Aussagen des SIG die Situation in der Schweiz – anders als beispielsweise in Deutschland und Frankreich – nicht grundlegend verändert. Hoffen wir, dass es dabei bleibt. (mre)



«Die Leute müssen wissen, dass es eine Grenze gibt, auch für Worte im Internet.»
SIG-Generalsekretär Jonathan Kreutner.

extremen Tendenzen haben leider zugenommen, von links wie von rechts. Wir mussten leider in vielen Fällen Anzeige erstatten – etwas, das wir sonst weniger oft machen. Die Anzeigen betrafen Zoom Bombings oder die unglaubliche Tatsache, dass die PNOS (rechtsnationalistische Partei, Anm. der Red.) die Protokolle der Weisen von Zion in ihrem Parteihandbuch veröffentlicht. Diese extrem antisemitische Verschwörungstheorie wurde schwarz auf weiss publiziert – das macht uns Angst. Ich denke nicht, dass die gesamtgesellschaftliche Situation von heute auf morgen wieder zur Normalität zurückfinden wird. Deshalb bleiben wir wachsam.

► **Sie sprechen von Angst. Wie ist die Stimmung – soweit Sie dies einschätzen können – in der jüdischen Gemeinschaft?**

◀ Die Bewegungsfreiheit war im Jahr 2020 immer wieder eingeschränkt. Da konnte sich das wachsende Gemisch von Unmut und Protest noch nicht entladen. Jetzt gehen die Leute aber wieder auf die Strasse. Und leider können aus Worten

Taten werden. Bereits wurden Synagogen geschändet. Gott sei Dank fanden keine Gottesdienste statt, und so kamen keine Menschen zu Schaden. Es hätte übel ausgehen können, wenn in Biel in dem Moment, als die Eingangspforte geschändet wurde, gerade Leute aus der Synagoge gekommen wären.

Dieses Aggressionspotenzial, diese Wut und Gewaltbereitschaft richten sich ja nicht nur gegen Juden und Jüdinnen; sie verheissen auch für andere Minderheiten nichts Gutes.

► **Was müsste in der Gesellschaft und speziell in der Politik getan werden, um Gegensteuer zu geben?**

◀ Wir versuchen wie bisher, bei gravierenden Verfehlungen die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist wichtig, dass der Staat dies auch tut. Die Leute müssen wissen, dass es eine Grenze gibt, auch für Worte im Internet. Denjenigen, die meinen, dass es sich ja «nur» um Worte handle, müssen wir aufzeigen, dass Worte gefährlich sein können.

Wir wollen aber nicht nur den juristi-

schen Mahnfinger heben, sondern auch stark auf Prävention setzen. Wir arbeiten hier mit Aufklärungsprojekten, die direkt und auf Augenhöhe funktionieren. Durch direkte Begegnungen lernen Menschen übereinander, und Vorurteile entstehen erst gar nicht.

Der Staat hat die Aufgabe, die jüdische Gemeinschaft zu schützen. Das klingt selbstverständlich, aber das war viele Jahre lang nicht klar, so dass wir selber für unseren Schutz aufkommen mussten. Der Staat hat aber auch in der Prävention eine Aufgabe. Es ist wichtig, dass wir gemeinschaftlich, Zivilgesellschaft und Staat, an Lösungen arbeiten.

► **Wie sieht es mit der Verantwortung der Konzerne aus, die Plattformen wie Facebook, Twitter und Co. anbieten? Müssen die nicht mehr tun, um antisemitische Aussagen zu verhindern?**

◀ Das sind multinationale Konzerne, nötig sind multinationale Lösungen. Facebook hat vor Kurzem entschieden, dass Holocaust-Leugnung nicht mehr akzeptiert wird. Diese Unternehmen versuchen also, eine soziale Verantwortung wahrzunehmen. Aber es ist weiterhin kompliziert, die Unternehmen überhaupt zu kontak-

Antisemitismusbericht 2020

In der Schweiz erscheinen drei regelmässige Berichte zu antisemitischen Vorfällen. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) veröffentlicht zusammen mit der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) jährlich den Bericht für die Deutschschweiz, die Coordination Intercommunautaire contre l'Antisémitisme et la Diffamation (CICAD) den Bericht zur Romandie. Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes gibt alle zwei Jahre einen Überblick über Vorfälle, Einstellungen und Massnahmen im Bereich Rassismus heraus.

Antisemitische Vorfälle können bei der SIG-Meldestelle gemeldet werden: www.swissjews.ch

tieren und sie dazu zu bringen, in konkreten Fällen aktiv zu werden. Ich denke da an den extremen Fall vor einigen Jahren, als eines unserer Vorstandsmitglieder mit dem Tod bedroht wurde. Das waren keine durch die Meinungsfreiheit geschützten Aussagen – selbst im Land der Hauptsitze dieser Konzerne nicht, in den USA. Die Herausforderung besteht darin, diesen Netzwerken ihre Verantwortung aufzuzeigen und zu vermitteln, wo die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und strafrechtlich relevanten Aussagen ist. Diesen Sensibilisierungsauftrag hat auch die Schweiz – auf multinationaler Ebene, aber auch hierzulande.

► Umso wichtiger ist die Dokumentation antisemitischer Vorfälle als Beleg für deren Ausmass. Der SIG veröffentlicht jährlich den genannten Bericht, aber nur für die deutschsprachige Schweiz. Für die Romandie wird ein separater Bericht durch die Coordination intercommunautaire contre l'antisémitisme et la diffamation (CICAD) erstellt. Müsste man nicht die Kräfte bündeln, das Ganze auf Bundesebene organisieren?

«Das Aggressionspotenzial, die Wut und Gewaltbereitschaft richten sich ja nicht nur gegen Juden und Jüdinnen; sie verheissen auch für andere Minderheiten nichts Gutes.»

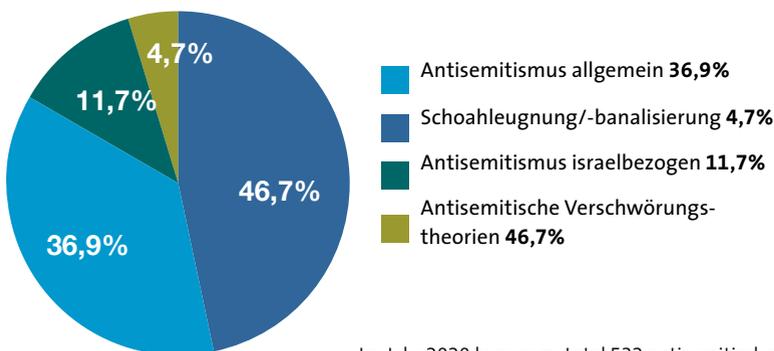
◀ Unsere beiden Organisationen erstellen beide Berichte seit fast zwei Jahrzehnten getrennt – das hat kulturelle und sprachliche Gründe. Und es hat auch mit den Diskursen zu tun, die in der deutschen Schweiz durch die Nähe zu Deutschland geprägt sind und in der Romandie durch jene zu Frankreich. Das ist ein Nachteil in einem Land mit Sprachenvielfalt. Doch erstellen wir zusammen mit unseren Westschweizer Partnern eine Synthese der Berichte, deren Resultate sich bisher gegenseitig bestätigt haben. Es wäre schön, wenn sich der Staat darum kümmern würde. Er bündelt zwar die von den zivilgesellschaftlichen Beratungsnetzen gesammelten Fälle und erstellt einen konsolidierten Bericht für den gesamten Rassismusbereich. Ohne zusätzliches zivilgesellschaftliches Engagement hätte der Staat aber kein Gesamtbild der rassistischen und antisemitischen Vorfälle.

► Wie können andere, auch nicht-jüdische Organisationen und die Zivilgesellschaft aktiv werden, um auf Antisemitismus aufmerksam zu machen und etwas dagegen zu tun?

◀ Die Kräfte müssten gebündelt werden, so könnte man gegenüber dem Staat stärker auftreten. Die Hassrede ist ein Problem, von dem nicht nur Juden betroffen sind, sondern auch andere Minderheiten.

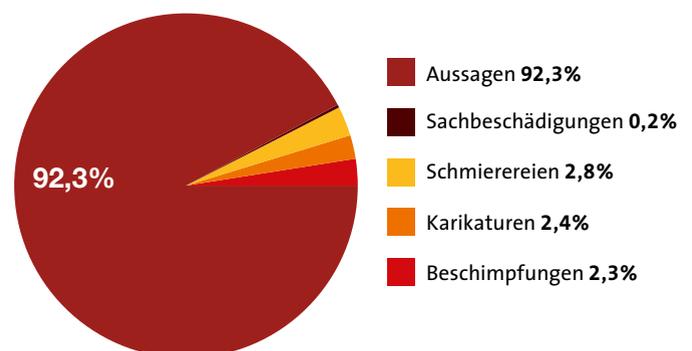
Sensibilisierung beginnt aber bei jedem selbst – auch wenn das einige nicht so gerne hören. Man ist auch als Minderheit nicht davor gefeit, solche exkludierenden Tendenzen gegenüber anderen zu haben. Wenn man dies der eigenen Minderheit bewusst macht, stärkt man die Gesamtheit. Dafür braucht es eine Sensibilität für die Anliegen von anderen Gruppen von Betroffenen, und dafür braucht es auch mehr Solidarität untereinander. |

Verteilung nach Inhalt (inkl. online)



Im Jahr 2020 kam es zu total 532 antisemitischen Vorfällen, darunter 12 Beschimpfungen, 13 Sachbeschädigungen, Schmierereien und 491 antisemitischen Aussagen. 497 der Vorfälle fanden online statt, fast die Hälfte davon auf Twitter, fast ein Drittel neu auf Telegram.

Verteilung nach Form (inkl. online)



Quelle: Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE
AUF SHOP.AMNESTY.CH**



ESPRESSOTASSEN

Aus weiss emailiertem Stein-
gut, Rand und Amnesty-Kerze in
Schwarz. Höhe 7,5 cm, Inhalt
10 cl. Schachtel mit 3 Tassen.
Herkunft: Polen.

Art. 2300.046 / Fr. 30.–

TASCHENMESSER VICTORINOX

Huntsman Lite
Mit 21 Funktionen

Art. 2300.037.H / Fr. 63.–



Sportsman
Mit 13 Funktionen

Art. 2300.037.S / Fr. 19.–

SCHWIMMSACK «WICKELFISCH»

Unser Schwimmsack hält beim Fluss-
schwimmen Ihre Sachen trocken.

Art. 2200.082.D / Fr. 35.–



SIGG-FLASCHE IN AQUABLAU

Klassische Sigg-Flasche aus
Aluminium (0,6 Liter).
Aquablaue Mattlackierung
mit griffiger Oberfläche.

Art. 2300.021.A / Fr. 25.–

Weitere Farben erhältlich unter
shop.amnesty.ch



ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitgliedernummer/Kundennummer (wenn bekannt): _____

Bestellungen an:
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern
oder auf
shop.amnesty.ch



In der Natur ist nichts unnatürlich

Hat die Natur nur zwei Geschlechter vorgesehen? Wie entsteht Geschlecht überhaupt? Diese und viele weitere Fragen werden derzeit in einer Ausstellung in Bern beantwortet. Von Lena Keller

Die Sonderausstellung «Queer – Vielfalt ist unsere Natur» im Naturhistorischen Museum Bern thematisiert die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Natur und der Tierwelt, es geht um den menschlichen Körper und die Geschlechtsmerkmale, um den gesellschaftlichen und kulturellen Einfluss auf Queerness und schliesslich um die Frage, wie wir in der Zukunft über Geschlecht und Sexualität denken könnten.

Homosexuelles Verhalten ist bei Tieren verbreitet – man weiss dies inzwischen von über 1500 Arten. Dazu gehören der Grauwal, der Wellensittich, der Elch und das Walliser Schwarznasenschaf.

In der Tierwelt gibt es zudem eine geschlechtliche Vielfalt: Geschlechtswechsel, Jungfernzeugung, nur ein Geschlecht oder gar Tausende Geschlechter, Zwitter... Im Tierreich spricht man von Zwittern, wenn ein Individuum sowohl weibliche als auch männliche Keimzellen ausbildet und die Fähigkeit besitzt, zu befruchten sowie befruchtet zu wer-

den – wie beispielsweise Schnecken und Regenwürmer. Wir erfahren, weshalb der Clownfisch ein trans Superheld ist und wieso der Wasserfloh seit Millionen von Jahren feministisch ist. Es gibt in der Natur keine festgelegten Geschlechterrollen, nichts, das unnatürlich ist.

Divers statt binär | Neuste Erkenntnisse der Forschung zeigen, dass sich auch das menschliche Geschlecht nicht auf die Kategorien «Mann» und «Frau» reduzieren lässt, sondern sich fließend zwischen diesen beiden Polen bewegt. Auch beim Menschen existiert also geschlechtliche Vielfalt. Das Festhalten an heteronormativen und binären Denkweisen führt in unserer Gesellschaft weiterhin zu Diskriminierung und Gewalt gegenüber queeren Menschen.

Die Ausstellung thematisiert, welchen Einfluss unsere Gesellschaft auf Queerness und geschlechtliche Vielfalt hat und welche Rolle die neuesten biologischen Erkenntnisse und der gesellschaftliche Wandel spielen. Am «Baum der Be-

kenntnisse» kann man sich Antworten zu relevanten gesellschaftlichen Fragen anhören – etwa wie queer die Bibel ist. Es wird auch auf neuere gesellschaftliche Entwicklungen innerhalb der queeren Szene eingegangen.

Zum Schluss wirft die Ausstellung einen Blick in die Zukunft: Junge Menschen äussern sich zu Geschlecht und Identität. Und es werden Fragen diskutiert: Wie integriert man inter Menschen in den Profi-Sport? Welche Hürden müssen gebärende Männer meistern? Wie sieht unsere Gesellschaft in 20 Jahren aus?

Lena Keller ist Mitglied von Queeramnesty. Mehr Infos zu dieser Amnesty-Gruppe auf queeramnesty.ch.

Queer – Vielfalt ist unsere Natur
Sonderausstellung,
Naturhistorisches Museum Bern
Vom 9. 4. 2021 bis 10. 4. 2022
Rahmenprogramm mit Workshops,
privaten Führungen, Kamingsgesprächen u. a.

«Gewalt ist das Spiel der Regime»

Der Hollywood-Thriller «The Mauritanian» erzählt vom Leben des ehemaligen Guantánamo-Insassen Mohamedou Ould Slahi – eine Art Rehabilitation für den heutigen Bestseller-Autor. Zu seiner Familie nach Deutschland reisen darf Slahi noch immer nicht. Interview: Anna-Theresa Bachmann

© Lando Hass/KEYSTONE/LAIF



Eigentlich möchte er nach Deutschland, zu Frau und Kind: Der ehemalige Guantánamo-Häftling Mohamedou Ould Slahi in Nouakchott, Mauretanien.

► **AMNESTY:** Mohamedou Ould Slahi, Sie sassen 14 Jahre ohne Anklage im US-Gefangenenlager Guantánamo ein, erlitten Demütigung und Folter. 2016 liessen die US-Behörden Sie frei und brachten Sie nach Mauretanien zurück. Fühlen Sie sich mittlerweile wieder in Ihrem Leben angekommen?

◄ Mit 30 Jahren haben sich meine Freunde bereits gute Jobs sichern und Geld für ein angenehmes Leben und für Reisen sparen können – bei mir war das anders, ich wurde festgenommen und in die USA verschleppt. Ich muss also viel aufholen und auch die Aufgabe angehen, meinen Ruf wiederherzustellen. Ich ver-

suche positiv und glücklich zu sein. Aber ich kämpfe gleichzeitig gegen das an, was ich als Ungerechtigkeit beschreibe. Und gegen das Stigma.

► Sie leben heute im Haus Ihrer Familie in Nouakchott. Während Ihrer Haft hat sich viel verändert – Ihre Mutter, zu der Sie ein enges Verhältnis hatten, ist gestorben, für jüngere Familienmitglieder waren Sie ein Fremder. Finden Sie zu Hause Unterstützung?

◄ Als ich hier ankam, brauchte ich sehr viel Hilfe und war traumatisiert. Ich bin es noch immer. In Mauretanien gibt es keine Ärzte, mit denen man über seine Albträume redet. Gott sei Dank versuchen mich meine Verwandten zu unterstützen. Aber die Menschen in meiner Familie sind einfache Leute. Ich war der Erste, der in ein Flugzeug stieg und Mauretanien verliess, der Erste, der ein Stipendium zum Studieren in Deutschland hatte, der Erste, der nach Afghanistan ging. Und der Erste, der von den USA gekidnappt wurde. Viele der Dinge, die ich getan habe oder die mir angetan wurden, stellen meine Familie vor grosse Herausforderungen.

Die ersten neun Jahre in Haft durfte ich nicht fernsehen. Ich habe davon geträumt, als freier Mensch Satelliten-Fernsehen und alle Kanäle zu besitzen. Als ich rauskam, hat mir meine Familie zwei Fernseher und zwei Satellitenschüsseln besorgt. Ich habe meine Nichte gebeten, mir die Kanäle zu installieren. Sie schaute mich nur an und sagte: «Onkel, ich

habe noch nie einen Fernseher berührt, ich benutze ein Handy.» Da habe ich mich sehr alt gefühlt.

► **Nicht im Fernsehen, sondern im Kino ist nun «The Mauritanian» zu sehen, der Ihre Geschichte erzählt. Sie waren bei den Dreharbeiten in Mauretanien und Südafrika teilweise dabei. Wie war das für Sie?**

«The Mauritanian» basiert auf meinem Tagebuch, das ich in Guantánamo geschrieben hatte und das während meiner Haft veröffentlicht wurde. Der Film geht aber darüber hinaus. So erzählt er auch von meiner Kindheit und meinem Leben nach der Haft. Die Filmemacher haben in der Vorbereitungsphase mit FBI- und CIA-Agenten gesprochen – einige Dinge habe ich somit erst durch den Film erfahren. Natürlich handelt es sich um eine Dramatisierung, aber der Film beruht auf Fakten. Erst wenige Tage vor Drehbe-

mo vertreten hat, darunter meinen Zellennachbarn. So haben wir uns kennengelernt. Sie bekam einen Job als Menschenrechtsanwältin in Berlin angeboten. Darüber haben wir uns gefreut, weil Mauretanien so naherrückte. Wir dachten, dass ich sehr schnell zu ihr reisen könnte. Aber das hat nicht funktioniert. Wir vermuten, dass Druck seitens der US-Regierung auf Deutschland ausgeübt wird.

► **Als junger Mann sind Sie nach Afghanistan gereist, wollten für die Mudschaheddin kämpfen. Heute setzen Sie sich in Mauretanien gegen Extremismus ein. Was geben Sie jungen Menschen mit?**

«Zu meinen Nichten und Neffen sage ich immer: Denkt kritisch. Ich war damals sehr naiv und wirklich davon überzeugt, die Welt zum Positiven zu verändern. Die Mudschaheddin hatten jedoch

«Ich versuche positiv und glücklich zu sein.

Aber ich kämpfe gleichzeitig gegen das an, was ich als

Ungerechtigkeit beschreibe.»

ginn in Südafrika hatten mir die mauretanischen Behörden wieder einen Reisepass ausgestellt. Bei einigen Szenen wollte ich aber gar nicht dabei sein, zum Beispiel wenn es um Folter ging. Ich sage im Film auch einen Satz auf Deutsch, weil ihn Tahar Rahim, der mich spielt, einfach nicht herausbekommen hat: «Deutschland war gut zu mir.»

► **Sie haben in den 1990er-Jahren in Duisburg studiert, sprechen fließend Deutsch. Einer Ihrer Brüder lebt in Deutschland, genauso wie Ihre US-amerikanische Frau und Ihr gemeinsamer Sohn. Ein Visum verweigern Ihnen die deutschen Behörden jedoch. Warum?**

«Meine heutige Frau hatte für einen amerikanisch-palästinensischen Anwalt gearbeitet, der Gefangene in Guantána-

ihre eigene Agenda. Als ich sah, wie sie sich gegenseitig stritten und töteten und das, was Russland nicht schon zerstört hatte, in Trümmern legten, habe ich Afghanistan verlassen. Rückblickend fühle ich mich ausgenutzt. Gewalt ist das Spiel der Regime. Auf der Seite der Bürger stehen das Recht und die Verfassung. Diese Rechte müssen wir ohne Gewalt einfordern, gerade in vielen arabischen Staaten. Gruppen wie der IS sind ja keine Krankheit, sondern ein Symptom.

► **Sie sagen, dass Sie den USA verziehen haben. Mit dem ehemaligen Wärter Steve Wood, der auch Sie in Guantánamo bewacht hat, sind Sie heute gut befreundet. An der US-Regierung üben Sie weiterhin Kritik. Was fordern Sie von der Regierung Joe Bidens in Bezug auf Guantánamo?**



Der Film «The Mauritanian» des britischen Regisseurs Kevin Macdonald mit Tahar Rahim in der Haupt- und Jodie Foster in der Nebenrolle ist in der Schweiz ab dem 24. Juni 2021 zu sehen.

«Steve ist für mich wie ein jüngerer Bruder. Ich erinnere mich an den Tag, an dem wir uns in Guantánamo das erste Mal begegnet sind. Er kam in meine Zelle und fragte mich, ob ich Kaffee trinken wolle. Ich war sehr verängstigt und wollte mit niemandem reden. Ich nahm seinen Kaffee an. Steve bot mir an, mit ihm Karten zu spielen, von diesem Moment an waren wir befreundet. Wir haben viele Jahre gebraucht, um unsere Freundschaft öffentlich zu machen. Ich glaube, dass Joe Biden ein guter Mann ist. Er hat seine erste Frau und seinen Sohn verloren, und ich kann mir nur vorstellen, welchen Schmerz er durchmachen musste. Ich habe ihm einen Brief geschrieben und hoffe, dass er sein Versprechen, das illegale Internierungslager zu schliessen, halten wird. Und ich hoffe, dass die deutsche Regierung Haltung zeigt und Biden ebenfalls an sein Versprechen erinnert. |

BLICK ZURÜCK UND NACH VORN



© André Gottschalk

Walter Kälin ist emeritierter Professor für Öffentliches Recht und Völkerrecht. Daneben hatte er verschiedene Mandate der Uno inne. Von 1979 bis 1983 war Walter Kälin Mitglied des Vorstands von Amnesty Schweiz.

Seit der Gründung von Amnesty International vor 60 Jahren ist vieles besser geworden. Auch dank Amnesty haben seither mehr als 120 Länder die Todesstrafe abgeschafft. Trotz bestehender Defizite hat die Gleichstellung der Geschlechter echte Fortschritte gemacht. Geschlechtsbezogene Gewalt, die damals, wenn überhaupt, nur ein Thema des Strafrechts war, wurde 1993 von der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte als Menschenrechtsverletzung anerkannt. Die Uno-Menschenrechtsverträge der Uno existierten vor 60 Jahren noch nicht. Als Peter Benenson am 28. Mai 1961 seinen Aufruf veröffentlichte, hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte noch kein einziges Sachurteil gefällt. In all den 60 Jahren war Amnesty International mit kraftvoller, oft entscheidender Stimme beim Kampf um die Menschenrechte an vorderster Front dabei.

Seit der Gründung von Amnesty International ist einiges schlechter geworden. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehören zur Tagesordnung. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg wurden so viele Menschen wegen Krieg und Gewalt im eigenen Land vertrieben oder mussten ins Ausland fliehen, aber anders als 1961 sind Flüchtlinge heute in vielen Ländern nicht mehr willkommen. Polizeigewalt ist auch in verschiedenen demokratischen Rechtsstaaten zum Problem geworden. Die sozialen Medien machen die Verbreitung von Rassismus und Hass einfacher, wirksamer und damit verheerender. Die Stimme von Amnesty International war zwar oft zu schwach, um negative Entwicklungen zu verhindern, hat aber immer wieder einen entscheidenden Anstoss für Gegenmassnahmen gegeben.

Seit der Gründung hat Amnesty International viele Herausforderungen bewältigt. Heute gilt es, überzeugende *menschenrechtliche* Antworten auf Herausforderungen wie die zunehmende ökonomische Ungleichheit mit ihren verheerenden Folgen für die Menschenrechte, den Klimawandel und seine negativen Auswirkungen für die Schwächsten in der Gesellschaft oder den Absturz von Millionen von Menschen in die Armut im Gefolge der Pandemie zu finden. Das Aufdecken von Menschenrechtsverletzungen und robuste Kampagnen, um sie zu stoppen, bleiben entscheidend. Darüber hinaus wünsche ich mir, dass Amnesty vermehrt über rechtliche, institutionelle und praktische Lösungen nachdenkt, die Regierungen auf der Basis und im Einklang mit Menschenrechten umsetzen können, um die tieferliegenden Ursachen von Menschenrechtsverletzungen anzugehen. Wie auch immer, die Stimme von Amnesty bleibt essenziell. |

HEUTE GILT ES, ÜBERZEUGENDE MENSCHENRECHTLICHE ANTWORTEN AUF DIE ZUNEHMENDE ÖKONOMISCHE UNGLEICHHEIT, DEN KLIMAWANDEL ODER DIE FOLGEN DER PANDEMIE ZU FINDEN.



© christophmeieris.com

SPREADING HOPE SINCE 1961 EIN JUBILÄUM ZUM MITMACHEN

Zum 60. Geburtstag von Amnesty International läuft eine Kampagne, in deren Zentrum Menschen stehen, für die wir uns einsetzen. Feiern Sie mit uns.

Die Jubiläumskampagne verbreitet Hoffnung und erzählt Geschichten von Menschen, die mit der Unterstützung von Amnesty International freikamen, freigesprochen wurden oder vor Gericht Recht bekamen. Geschichten wie jene der polnischen Aktivistinnen Anna, Joanna und Elżbieta, die sich wegen eines Plakats mit der Abbildung einer Maria mit Regenbogen-Heiligenschein vor Gericht verantworten mussten. Im März 2021 wurden die drei freigesprochen, doch leider ziehen die Behörden das Urteil weiter. Mehr erfahren Sie auf amnesty.ch/spreadinghope.

MEET THE DEFENDERS | Amnesty International gibt Menschenrechtsverteidiger*innen das Wort. An öffentlichen Webinaren berichten sie über ihre Geschichte, die Rolle des globalen Menschenrechtsaktivismus sowie ihre Hoffnungen für die Zukunft. Anmeldung auf extranet.amnesty.ch.

■ Bereits online: Anna, Joanna und Elżbieta zum Thema Meinungsäusserungsfreiheit und LGBTI*-Aktivismus.

■ 17. Juni, 18 Uhr mit Abdul Aziz Muhamat zum Thema Flucht.

FLAGGE ZEIGEN | Wir ermutigen Sie, im Jubiläumsjahr Ihre Unterstützung für Amnesty International und die Menschenrechte sichtbar zu machen. Organisieren Sie einen Stand, laden Sie zum Apéro oder machen Sie eine Aktion im Freien – mit Banner, Pins, Taschen und weiterem Jubiläumsmaterial aus dem Amnesty-Shop. Am 4. September feiern wir dann schliesslich gemeinsam an der grossen – aber Corona-konformen – Jubiläumskonferenz von Amnesty International in Bern (siehe S. 2).

AMNESTY ON TOUR | Mit unserem umgebauten Schiffscontainer sind wir auch diesen Sommer in der ganzen Schweiz unterwegs und bringen das Thema Menschenrechte unter die Leute. Amnesty-Gruppen können den Container in ihre Region einladen und Passant*innen können darin das interaktive Spiel «Courage» spielen.

Auch für die nächsten 60 Jahre gilt: Wir wollen Unrecht nicht tatenlos hinnehmen. Werden Sie Teil unseres Jubiläums! Mehr Aktionsmöglichkeiten gibt es auf extranet.amnesty.ch.

Fabienne Engler

FILMPREMIEREN VON DER KÜCHE INS PARLAMENT

Vor 50 Jahren wurde in der Schweiz das Frauenstimmrecht eingeführt. Amnesty Schweiz ist anlässlich dieses Jubiläums Partnerin an der Premiere des Films «De la cuisine au parlement – Edition 2021» von Stéphane Goël. Der Dokumentarfilm zeichnet den langen Weg zum Stimmrecht für die Schweizer Frauen nach.

Ab Mitte Juni ist der Film in verschiedenen Schweizer Städten zu sehen. Amnesty wird mit Podiums-

diskussionen nach den Filmvorführungen und mit Standaktionen in den Kino-Foyers dabei sein.

Die Termine der Filmvorführungen werden aufgrund der Covid-19-Massnahmen kurzfristig publiziert. Sie finden die Liste im Veranstaltungskalender hier: amnesty.ch/veranstaltungen



NEIN ZUM POLIZEIGESETZ

Haben Sie schon abgestimmt? Bitte gehen Sie abstimmen, wenn Sie in der Schweiz stimmberechtigt sind, und sagen Sie Nein zum Polizeimassnahmen-Gesetz. Danke. Unsere Argumente finden Sie hier: www.nein-polizeigesetz.ch

FUSSBALL-WM 2022 IN KATAR DIE FIFA MUSS HANDELN

Arbeitsmigrant*innen machen Katars Traum von der Fussball-Weltmeisterschaft 2022 im eigenen Land wahr. Vor zehn Jahren hat Katar vom Weltfussballverband Fifa den Zuschlag für die Organisation des Turniers erhalten. Doch noch immer werden in Katar Tausende von Arbeitnehmer*innen ausgebeutet.



Während die Fifa mit der Weltmeisterschaft bald riesige Profite erzielt, nimmt das Leid der Arbeitsmigrant*innen, die das Turnier erst möglich machen, kein Ende. Die kürzlich in Katar eingeführten Reformen sind noch nicht richtig umgesetzt. Viele Unternehmen bezahlen ihre Arbeiter*innen nach wie vor nicht angemessen und behandeln sie schlecht. Arbeitgeber*innen kontrollieren das Leben der Arbeitskräfte, hindern sie am Stellenwechsel und halten die Maximalarbeitszeiten nicht ein. Ausgebeutete Arbeitsmigrant*innen kommen nur schwer zu ihren Rechten oder zu einer Entschädigung. Sie dürfen keinen Gewerkschaften beitreten und können so nicht gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Als die Fifa die Weltmeisterschaft an Katar vergab, wusste sie – oder hätte sie wissen müssen –, dass die Austragung der WM in die-

sem Land mit Risiken behaftet sein würde. Denn Katar ist stark auf Arbeitsmigrant*innen angewiesen; dass diese Ausbeutung und Missbrauch ausgesetzt sind, war bekannt. Es wurden zwar Fortschritte im Bereich der Arbeitsrechte erzielt. Doch die anhaltenden Missbräuche zeigen auf, dass Katar und die Fifa noch viel zu tun haben, wenn die Weltmeisterschaft eine nachhaltig positive Wirkung auf die Menschenrechte haben soll.

Anita Streule

Unterschreiben Sie unsere Petition: Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Katar 2022 matchentscheidend für die Rechte von Arbeitsmigrant*innen wird.



PETITION

ZEIT FÜR GERECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN IN KATAR

An Fifa-Präsident Gianni Infantino

In Katar werden Arbeitsmigrant*innen weiterhin ausgebeutet – auch jene, die am Weltmeisterschaftsprojekt mitarbeiten. Die Fifa muss handeln, wenn die Arbeitskräfte, die ihre WM-Veranstaltungen erst möglich machen,

unter Missbrauch leiden. Die Organisation muss ihren Einfluss geltend machen, um Katar zu einem angemessenen Schutz der Arbeitsmigrant*innen zu drängen.

Ich fordere die Fifa auf, gegen die Verletzung der Rechte der Arbeitnehmer*innen anzuge-

hen. Sie muss dringend Massnahmen treffen, um sicherzustellen, dass alle für die Weltmeisterschaft im Einsatz stehenden Arbeitnehmenden ihre Rechte ausüben können. Die Fifa muss Katar öffentlich auffordern, die Reformen endlich umzusetzen.

Name

Vorname

Adresse

Unterschrift

1

2

3

4

5

DIE KERZE

BRENNT WEITER

WWW.AMNESTY.CH

